

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17.
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich
außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten
Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“
und „Für die arbeitende Jugend“

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Postfachkonto Berlin Nr. 11092

Nr. 102
Bezugspreis: Durch Zusteller zweimonatlich
6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Abnehmer 5,50 Mk.
Durch Postweg im Vierteljahr 18,- monatlich 6,00 Mk.
einschl. Postgebühren.

Halle, Dienstag, den 3. Mai 1921

Minirentpreis: Im Abnahmepreis: zinsfrei geliehen das
Stück 60 Pf., bezüglichen Reklame im Druckpreis
Tagezeit 2,50 Mk. Es ist der billigste Anzeigepreis für die nächste
Ausgabe morgens 9 Uhr.
5. Jahrgang.

Oberschlesien erneuert in Not.

Von der Londoner Konferenz: vier oder zwölf Tage Frist für Deutschland, die Zahlungsbedingungen, Frankreich bereitet den Einmarsch vor.

Kattowitz, 2. April. (T. U.) Am gestrigen Tage wurde von der ober-schlesischen Grenzzeitung in Beuthen die Nachricht verbreitet, daß die interalliierte Kommission in Opatowitz am Freitag ihren Bericht über das Abblimmungsergebnis in Oberschlesien an den Obersten Rat gefandt hat, und daß sie einen Beschluß gemacht habe, Oberschlesien in der Weise zu teilen, daß Deutschland fast ganz Oberschlesien mit dem Kohlenreichtum erhalten sollte. Nur die Kreise Pleß und Rokitn sollten Polen zugesprochen werden, außerdem ein kleiner Streifen östlich von Kattowitz.

Am heutigen Tage ist im ober-schlesischen Industriebezirk ein Ausbruch fast sämtlicher Bergarbeiter ausgebrochen. Die Arbeiter sind, ohne irgend welche Forderungen gestellt zu haben, die ihren Ausbruch begründen könnten, von der Tätigkeit ferngeblieben. Man erhofft lediglich von ihnen, daß der Streik eine Protestaktion gegen die Beschlüsse der interalliierten Kommission in Opatowitz darstellen soll. Darüber, ob heute noch Verhandlungen stattfinden werden, ist nichts bekannt.

Beuthen, 3. Mai. In Bogusitz, Eichenau, Schoppinitz und den anliegenden Ortschaften fürchten die deutschen Bewohner aus Furcht vor Terrorakten.

Der „Kornwirts“ will vernommen haben, daß dieser Streik das Ziel haben soll, die Trennung der beiden Kreise von Oberschlesien zu verhindern, also bei Deutschland zu bleiben. Er befürchtet aber angeführt der erneut einsetzenden politischen Propaganda, daß Oberschlesien schweren Tagen entgegenstehe. Am schlimmsten seien die Zustände in der Gruppe Kattowitz, die unter dem Kommando des französischen Majors Jexler steht. In den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Rokitn und Pleß, die dieser Gruppe in politischer Hinsicht unterstehen, seien bisher insgesamt 200 Deutsche ermordet worden. Jetzt organisieren die Polen offen ein sogenanntes „ober-schlesisches Freikorps“, bauten die alten Organisationen aus, und das alles vollziehe sich unter den Augen der interalliierten Kommission und ihrer zahlreichen Organe, die nichts sehen und hören wollen.

Der Umfang des Streiks.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen befinden sich bis heute nachmittags etwa 80 Prozent sämtlicher Gruben des ober-schlesischen Industriebezirks im Streik. Von 240 000 Arbeitern streikten etwa 190 000. Mit Ausnahme der Gruben Nordböh und Agneschütte wird im Bezirk der Bergwerksinspektion I gearbeitet. Auch auf der Grube Laura-Grube, der Füllengrube und der Heinrich-Glücks-Grube ist die Arbeit bisher aufrechterhalten worden. Von den Erzgruben und Zinkgruben streikten die Schmelzhütte in Kattowitz und die Zinkwalzwerke bei Bogusitz, sämtliche Erzgruben und Zinkwalzwerke des Hohenloheberges, sowie die Giesse-Gruben, mit Ausnahme der Eienhütte Herrum im Bezirk Schoppinitz, wird auf allen Eisenhütten gearbeitet. Es ist im Laufe des Tages vielfach festgestellt worden, daß ein großer Teil der Streikenden den Grund des Streiks überhaupt noch nicht kennt. Zahlreiche Bergarbeiter, die zum Streik gezwungen waren, äußerten ihre lebhafteste Ablehnung über den Streik. Die Berufstätigen der „Ober-schlesischen Grenzzeitung“ sind offenbar als Signal für die geplante Aktion anzusehen, die bezweckt, durch die Proklamation der polnischen Minderheit auf die bevorstehende Entscheidung des Obersten Rates in der bevorstehenden Frage entscheidenden Einfluß auszuüben. In den deutschen höheren Kreisen Oberschlesiens verkennt man nicht den Ernst der Lage, doch wartet man mit Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge ab, in dem Bewußtsein, daß an der geschlossenen Haltung der deutschen Mehrheit in der ober-schlesischen Bevölkerung die Proklamation der polnischen Minderheit scheitern wird.

Ein Stillstand der Gewerkschaften.

Opatowitz, 3. Mai. (T. U.) Die ober-schlesischen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Reichs-Duisburger Gewerkschaftsvereine und der schlesischen Gewerkschaften haben folgendes Telegramm an das General-Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam und an den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Thomas, abgeandt: Am 2. Mai haben wir die Mitglieder einer Streik größeren Umfangs in Oberschlesien vernachlässigt, um welches den Obersten Rat in London und der ganzen Welt glaubhaft zu machen, daß eine Verbesserung für den Ansehens-Oberschlesiens an Policy entstanden sei. Dieser Streik ist gegen den Willen des größten Teiles der Arbeiter unter Verletzung unentgeltlicher wirtschaftlicher Forderungen und nur unter Anwendung von brut-

taler Gewalt möglich gewesen. Falls dieser Täuschungsversuch Erfolg haben sollte, ist zu befürchten, daß die deutsch-gewerkschaftliche Arbeiterklasse allen unseren Wahnwitz zum Trotz sich nicht länger durch eine Minderheit terrorisieren lassen wird und dadurch die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen Oberschlesiens nicht erspart bleiben können.

Alle Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Reichs-Duisburger Gewerkschaftsvereine und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) bitten wir, diese Nachricht allen maßgebenden Stellen sofort zu übermitteln und nichts zu unterlassen, um das politische Zügelungsmanöver zu vereiteln. Unter Versuch, gemeinsam mit den Polen eine gültige Auflösung dieses wilden Streiks herbeizuführen, ist bisher nicht von Erfolg gewesen. (Unterschriften.)

Die Maßnahmen der interalliierten Kommission.

Opatowitz, 2. Mai. Die interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Weil einige Zeitungen berichten, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung wegen der infolge der Abkündigung in Oberschlesien zu ziehenden Grenze bereits getroffen hätten, teilt die interalliierte Kommission mit, daß diese Nachricht jeder Grundlage entbehrt.

Opatowitz, 2. Mai. Die interalliierte Kommission hat ein Stillstandsbefehl für den gesamten ober-schlesischen Industriebezirk erlassen. Sie will, wenn die Lage es erfordert, den Belagerungszustand über den Industriebezirk verhängen.

Wahlfeier im Reich.

(Aus dem „Kornwirts“.)

Rein-Becken. Zu einer gewaltigen Kundgebung wurde die Arbeiter im Reinken-Gebiete des Rheinlandes, wo an 94 Orten Versammlungen und Umzüge stattfanden. In Wiesbaden sprach im Rathaus vor 12 000 Personen Reichstagspräsident Lohde, worauf sich die Versammlung zu einem Zug durch die Stadt formierte. Das Spalier wurde von Badearbeitern, Markotkanern und Wandern gebildet, während aus den Reihen der Soldaten die am Tage zuvor eingetragenen neuen Reichs-Regimenten die vielen Tausend mit roten Röhren geschmückten Teilnehmer an sich vorüberziehen ließen.

Münster. Am 1. Mai eine gewaltige Demonstration vor der evf. bezweckenden Beilebung feierten die Beilebung den 1. Mai als einen Protest gegen die Anschließung des Verfallens der Verträge und der angeblichen Sanktionen. Im Bezirk von Hamm sprach in mehreren Versammlungen unter freier Stimme Genosse Herzoth-Berlin. Besonders hervorzuheben zu werden verdient die Tatsache, daß Kommunisten und Unionisten kaum den 20. Teil unserer Demonstration auszubringen vermochten. Leider ist zu befürchten, daß die gesunde Entwicklung durch etwaige Gewaltmaßnahmen der Entente im Rückwärts gehen unterbrochen wird.

Bielefeld. Eine gewaltige Demonstration für Frieden, Freiheit und Recht war die Arbeiter der Arbeiterpartei von Bielefeld und den anliegenden Orten. Der Festzug am Vormittag war 4 bis 5 Kilometer lang. In dem Zuge mochten 18 000 bis 20 000 Mann, Frauen und Jugendliche marschieren, mehrere Tausende hatten sich außerdem auf dem höchsten eingekundeten Gelände vor der Stadt und die kommende Not des deutschen Volkes hin und besetzte als erste Notwendigkeit Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterpartei zu mutigen Handeln.

Hamburg. Bei herzlichem Wetter wurde die Arbeiterpartei einer gewaltigen Massen-Kundgebung. In 15 Demonstrationen, deren jeder nach Laubow schickte, marschierendes Arbeitertruppen herab zu hunderttausenden gepöbelt wurde. In der Resolution wird an die Internationale der Arbeiterpartei appelliert, den Frieden von Versailles zu revidieren und das Tod des Etanepolles von uns abzuwenden. Am Abend wurde das Motiv in den einzelnen Distrikten in erhebender Weise bekräftigt.

Wahlfeier in Japan.

Tokio, 3. Mai. (T. U.) An den Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai nahmen 20 000 Personen teil. Es kam zu einer Anzahl Zusammenstöße mit der Polizei. Zahlreiche Demonstrationen wurden dabei verlegt. Mehrere Arbeiterführer wurden verhaftet.

Bezug Reims in London?

Wien, 2. Mai. (T. U.) Aus Moskau wird gemeldet, daß die britische Kräfte beauftragt habe, in London Forderung zu nehmen, ab dort der eventuelle Bezug Reims angenehm sein würde. Reims habe die Absicht, nach London zu ziehen, um dort in offiziellen Kreisen Propaganda zu machen, für seinen großen politisch-wirtschaftlichen Plan zum Wiederaufbau Rußlands. Kräfte zufolge solle dabei das britische Kapital und die britische Industrie eine große Rolle spielen.

Bürgerliche Reaktionsregierung in Preußen.

Die Sozialdemokratie ist in Preußen aus der Regierung ausgeschlossen. Das neue preussische Kabinett, formell zusammengesetzt aus Zentrum und Demokraten, regiert tatsächlich mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei und ist von diesen ausgeprochenen Vertretern der Reaktion völlig abhängig.

Die neue preussische Regierung ruht auf dem einen großen Reaktionsblock aller bürgerlichen Parteien.

Freilich steht ihr gegenüber die gesamte sozialistische Arbeiterklasse. — Die Sozialdemokratie ist nicht leichten Dringens und nicht leichtfertig aus der preussischen Regierung herausgegangen. Der Bildung der bürgerlichen Reaktionsregierung sind wochenlang Verhandlungen vorangegangen, in denen sich die Sozialdemokratie einen genügenden Einfluß auf Preußen zu sichern suchte. Alle diese Bemühungen sind gescheitert an dem hartnäckigen Widerstand des Zentrums und der Demokraten, die mit aller Gewalt den preussischen Regierungskurs nach rechts abdrängen suchten.

In der Zeit der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung regierten Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum gemeinsam. Die Sozialdemokratie hatte das Präsidium und die Ministerien des Innern, der Landwirtschaft, des Unterrichts und der Finanzen. Vor den Wahlen zum Landtag vereinbarten die drei Koalitionsparteien, unbedingte ihrer bürgerlichen Meinungsverschiedenheiten und unter voller Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes, gemeinsam für den Sieg dieser Koalition zu kämpfen. Durch die Einseitigkeit der preussischen Wähler wurde dieser Sieg ersehnt. Doch die Koalition nicht die alte Stärke behalten wurde, war nach den vorangegangenen Wahlen ganz gewiß. Wie im Gegensatz zu den Reichstagswahlen 1920, bei denen die Koalition in die Minderheit geriet, erliefte sie bei den Landtagswahlen 1921 eine Mehrheit von 26 Mandaten.

Trotzdem weigerten sich Demokraten und Zentrum hartnäckig, die alte Koalition wiederherzustellen.

Sie bestanden darauf, die Deutsche Volkspartei in die Regierung mit hineinzunehmen. Angeblich sollte ohne die Deutsche Volkspartei die alte Koalition nicht mehr tragfähig, allen Zufällen und ewigen Krisen ausgesetzt sein. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten wollten eine Regierung nicht tragen können. Jetzt tragen sie Demokraten und Zentrum allein. Sie geneigten dabei freilich die Unterstützung der gesamten Reaktion, von deren Wohlwollen und Gnade sie abhängen. Die Behauptung von der Schwärze der alten Koalition ist eine bewusste Unwahrheit. War doch deutlich genug zu erkennen, daß die Unabhängigkeit eine ehrlieh fort-dauernde Politik von Fall zu Fall unterstützen und sorgfältig darauf achten würden, nicht etwa wie früher durch reine Parteipolitik das Spiel der Reaktionsparteien zu spielen, die in die Regierung hinein wollten. Scherarten also Zentrum und Demokraten auf der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, so konnte dabei

ihre Absicht nur sein, den Einfluß der Sozialdemokratie so hart herabzudrücken, daß unsere Minister im Kabinett nur noch ein Stütz-Dekoration gewesen wären.

Die bürgerlichen Parteien sollten den Regierungskurs bestimmen und die Sozialdemokratie sollte die bürgerliche Politik vor den Arbeitern verantworten. Sie sollte den Prägeln abgeben für eine Politik, auf die sie selbst keinen maßgebenden Einfluß mehr besäßen hätte. Zu dieser Rolle konnte sich die Sozialdemokratie nicht hergeben.

Die Sozialdemokratie mußte ein Zulammengehen mit der Deutschen Volkspartei unbedingt ablehnen. Sie war und blieb entschlossen, lieber aus der Regierung auszuweichen, als mit der Deutschen Volkspartei darin zu sitzen. Denn die Deutsche Volkspartei ist keine republikanische, sondern eine monarchistische Partei. Die Wiederherstellung des Kaiser-tums bezeichnet sie in ihrem Programm als ihr oberstes Ziel. Unmöglich war durch die Veranlichung der Deutschen Volkspartei die Republik zu stellen; sie konnte dadurch nur erschlütert werden. In dieser Zeit der Verfassunggebung des deutschen Volkes durch die Frage der Kriegsentwädigung hat sich die Deutsche Volkspartei nicht gezeigt, die Beerdigung der früheren Kaiserin zu einer monarchistischen Demonstration zu gestalten und dadurch erneut Deutschlands überweltliche Gegner zu provozieren. In der gleichen nationalistischen Personalvorberungspolitik hat sich der führende Gelbgeber der Deutschen Volkspartei, Hugo Stinnes, gefallen, als er seine neuen Dampfer Tirpitz und Lubendorff taufte. Die Deutsche Volkspartei ist aber nicht nur monarchistisch und nationalistisch, sie ist auch rein kapitalistisch und unbedingt antizözialistisch. Kampf gegen die Sozialisierung, Kampf gegen den Achtstundentag und Abbau der Löhne sind programmatische Forderungen der Deutschen Volkspartei.

Ein gemeinsames Regierungsprogramm für Volkspartei und Sozialdemokratie war unter diesen Umständen undenkbar.

Durch die Arbeiterpartei geht eine große Selbstbestimmung. Die radikalen Forderungen und Zersplitterungsversuche verlangen

nicht mehr. Immer deutlicher findet sich das wertvolle Volk auf den Boden seiner alten Grundzüge, auf den Boden der Demokratie und des Kampfes mit richtigen Waffen zurück. Diese Entwicklung wäre gewiss, ja notwendig gestört worden, wenn die Sozialdemokratie eine Regierungskoalition mit der Stimmenspartei eingegangen wäre. Das wäre der denkbar schlechteste Ausgang, nicht nur für die Partei, sondern auch für die junge Republik gewesen. Unter diesen Umständen konnte die Sozialdemokratie nichts anderes erklären als das eine:

In keinem Falle mit der Deutschen Volkspartei!

Demokraten und Zentrum hatten von der Wahl: entweder die alte Reaktion oder der Reaktionsblock des gesamten Bürgertums gegen die Arbeiterklasse. Demokraten und Zentrum haben sich für den Reaktionsblock entschieden. Seit der ersten Wahl des Zentrumsmannes Stegerwald zum Ministerpräsidenten hatten sie sich noch verpflichtet, daß er seinen Antrag zur Regierungsbildung zurückgeben werde, wenn eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung nicht zustande käme. Später hat das Zentrum diese Verabredung aus der Welt zu legen gesucht, und die Demokraten, die genau wußten, daß die Rechte getroffen war, haben geschwiegen. Unter Vorwand Absicht den demokratischen Reichskabinet, gestützt auf die Reichspartei, und sich als er damit fertig war, trat er zurück und ließ sich von diesen formell noch einmal wählen.

Dem neuen Kabinett des Reichspräsidenten und der Reaktion steht die Sozialdemokratie schroff feindselig gegenüber. Eine Regierung, der die Deutschnationalen in wesentlicher Verbindung geschlossen das Vertrauen bezeugen haben, wird nicht das Vertrauen der Sozialdemokratie genießen. In dem Regierungsprogramm des Herrn Stegerwald selbst selbst jede Verbindung einer fortschrittlichen Demokratisierung der Verwaltung, es steht jedes Wort über soziale Fürsorge für die Arbeiter, jeder Gedanke an Sozialisierung. Was sollten in der Tat aus solche Versprechungen im Munde einer Regierung, die an jedem Tage vom Wohlwollen der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei abhängt! Zentrum und Demokraten haben sich, indem sie die Sozialdemokratie aus der Regierung gedrängt haben, der Reaktion verschrieben und werden ihr dienen müssen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte — alle Arbeitermittelstufen — sind durch den Übergang der preussischen Regierung in die Hände der Reaktion ernstlich bedroht. Schon verlangen die Deutschnationalen eine gründliche „Säuberung“ der preussischen Verwaltung von den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse, die seit der Revolution angestellt worden sind. Sozialdemokratische Beamte und Lehrer werden bald Gelegenheit haben zu zeigen, daß sie treu zur Partei stehen, auch wenn sie drangaliert und lächerlich gemacht. Schon brauchen Georgenbühner und Großbauern die Entfernung unseres Genossen Otto Braun aus dem Landwirtschaftsministerium, um Richter und Landarbeiter mit Massenfindungen zu überfallen und sie in das alte Joch der Abhängigkeit hineinzudrücken. Gegen die Schichtmeisterverordnung läuft die Reaktion Sturm; bedrückt, gewaltig erhöht sollen die Mieten werden.

Aber je brutaler die Reaktion vorgeht, um so härter wird die Kampfkraft des aufgeregten werktätigen Volkes werden. Die Sozialdemokratie ist bereit, den Kampf anzunehmen und zu führen, doch sie heute gegen die bürgerlich-republikanische Reaktion zu kämpfen, wie sie sich vorwiegend in der Gemütskrankheit geäußert hat, nicht zu unnötigen verwerflichen Mitteln und Ausschweifungen wird sie die Arbeiterklasse verführen, die nur der Reaktion Milde erweisen werden und die Arbeiter dem Justizhaus überliefern.

Auf dem freien Boden der republikanischen Verfassung wird sie mit allen Mitteln der Aufklärung, des Kampfes an Parlament und der wirtschaftlichen Macht der organisierten Zweiteilnehmer um die politische Macht kämpfen, nicht unruhig und ungeduldig nach „Aktion“ zu „Aktion“ schwachend, sondern systematisch, zäh, ausdauernd und zielbewußt.

Hand- und Kopfarbeiter, das gesamte werktätige Volk muß sich fester und einiger als je um die Politik der Sozial-

demokratie klären. Die Sozialdemokratie hat gesagt, daß sie bereit und fähig ist, positive, praktische parlamentarische Arbeit für die breiten Massen der Bevölkerung zu leisten. Die Sozialdemokratie will jetzt auch beweisen, daß man sie nicht ungeachtet zur Einstimmigkeit herabdrücken will über ausschließen kann. Stärkt die Organisationen, verbreitet die Arbeiterpresse, bringt Aufklärung und Wissen in alle Köpfe und ignoriert nun Kampfe alle Kräfte an, damit wir durch diese Schritte die bürgerlichen Parteien gewinnen, der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Einfluß zurückzugeben Frauen und Männer des wertvollsten Volkes, an Euch ergoht der Ruf:

Wortwähl zum Kampf!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags.

Die Londoner Konferenz.

Die englische Presse und die Konferenz. London, 2. Mai. (M.T.B.) „Dain Chronicle“ schreibt in einer Leitartikel: Die öffentliche Meinung in England unterstützt Lloyd George bei seinem Wunsch, daß die Alliierten sich kräfte an die Bestimmungen des Friedensvertrages halten, da die Rechte der Alliierten so klar seien, könne viel gewonnen und nichts verloren werden.

„Daily News“ schreiben: Es scheint die Zeit gekommen zu sein, wo dem französischen Volke oder den französischen Staatsmännern eindeutig gesagt werden muß, daß der übrige Teil der Alliierten nicht länger mit ihren militärischen Bedenken identifiziert werden kann und daß, wenn Briand unter keinen Umständen auf seine drakonischen Vorschläge verzichten kann, er allein London und er allein die schwere Verantwortung auf sich nehmen wird, sein Land vom Räte der Nationen isoliert zu haben.

„Daily Express“ schreibt: Die einzige Weg für die britische Regierung sei, darauf zu bestehen, daß keine überflüssige Aktion unternommen wird.

England leitet den französischen Maßnahmen Widerstand.

Paris, 2. Mai. (M.T.B.) Die Zeitung in „Echo de Paris“ teilt mit, daß die englische Regierung ihre Zustimmung zu den von der französischen Regierung vorgeschlagenen maritimen Demonstrationen noch nicht gegeben. Darüber wird erst heute, Montag, bekannt, entfallen.

Paris, 2. Mai. (M.T.B.) „Echo de Paris“ haben die Engländer die im französischen Vorschlag vorgesehene Kohlensteuer erdgültig abgelehnt.

Auf Montag verlegt.

Paris, 2. Mai. (M.T.B.) Gestern abend 7 Uhr haben die Minister für auswärtige Angelegenheiten sich — nachdem Lloyd George in der Nachmittags Sitzung um Bedenkzeit gebeten hatte, um sich mit seinen Ministerkollegen zu beraten — nochmals zusammengesunden. Hierbei verlangte Lord Curzon im Namen der englischen Regierung, daß Deutschland nicht vier, sondern zehn Tage Zeit gegeben würden, um den Zahlungsbedingungen der Alliierten zuzustimmen. Man behauptet schließlich, die Unterhaltung nicht fortzusetzen, sondern auf Montag zu verschieben. Sie soll von den Ministern für Auswärtiges um 12 1/2 Uhr vormittags wieder aufgenommen werden. Zwei Stunden später soll alsdann der Oberste Rat wieder zusammentreten.

Nur 4 Tage Zeit.

Paris, 2. Mai. (M.T.B.) „Echo de Paris“ werden in dem von Belgien vorgeschlagenen Kompromiß alle Vorbereitungsmaßnahmen zur Kohlensteuerung wie Mobilisierung und Truppenkonzentration für angängig erklärt. Die Reparationskommission erhält den Auftrag, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um Deutschland die Zahlungsbedingungen und die verlangten Garantien mitzuteilen. Diese Mitteilung müsse am 4. Mai in Deutschland ergehen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen würden nicht unterbrochen werden, wenn nicht bis zum 8. Mai allem Verlangen der Alliierten Folge gegeben werde.

rühlig die anderen an. Den meisten war jegliche Verschönerung stillt fremd, und sie verbanden sich nicht darauf. Dison, der naturgemäß ihr Führer war, hatte sich abfällig ferngehalten; sie folgten nur die Wagenkontrollurkunde allein zuzuge bringen.

„Jemand muß sprechen“, sagte Frau David, und als das Schweigen dennoch anhält, wachte sie sich an Hal: „Sie werden Wagenkontrollur sein, sprechen Sie.“

„Ich bin hier der Jüngste“, meinte Hal lächelnd. „Einer von den Ältesten in der Reihe.“

Die anderen nickten zustimmend. „Bourne!“ rief der alte Mike, und es erhob sich Hal schließlich hoch. Doch oft in seinem Leben sollte ihm eine beerrigende Erfahrung zuteil werden: weil er ein Amerikaner und ein gebildeter Mensch war, wurde ihm die Führerschaft aufgegeben.

So viel ich weiß, wolle ich einen Wagenkontrollur. Ich habe gehört, daß der tägliche Lohn eines Wagenkontrollurs drei Dollar ist. Doch sind unter bloß sieben Arbeiter und verlange von jedem bloß fünfundsiebzig Cent am Tag — das macht einen Dollar fünfundsiebzig — also weniger als mein Gehaltseinfluß. Sollten sich uns dreißig Grubenarbeiter anschließen, so nehme ich von jedem zehn Cent pro Tag und bekomme damit meine drei Dollars zusammen. Seid Ihr damit einverstanden?“

„Freilich“, sagte Mike, und auch die anderen gaben Zeichen der Zustimmung.

„Gut, Heber, der hier arbeitet, weiß, daß die Leute um ihr Gehalt betrogen werden; wolle die Gesellschaft das neue Gehalt bezahlen, so würde es für der Tag einige hundert Dollars mehr sehen, und niemand kann so dumme sein und erwarren, daß sie sich dazu ohne Kampf bereit erklären. Wir müssen daher beschließen, fest zusammenzuhalten.“

„Freilich!“ rief Mike, „zusammenhalten!“

„Wir bekommen ja doch keinen Wagenkontrollur“, bemerkte Jerry bestimmtlich.

„Gehst nicht, wenn wir nichts dafür tun, Jerry“, entgegnete Hal.

Und der alte Mike schlug sich ans Antlitz. „Wir müssen alles versuchen, und wir werden ihn auch bekommen!“

„Ja, ja!“ rief der große Hal; seine kleine Frau jedoch schielte mit dem Verhalten der anderen nicht einverstanden, und sie war es, die Hal die letzte Betition im Drillen dieser verbliebenen Arbeiter gab. „Erzählen Sie zu ihnen, erklären Sie es.“ — Sie wies mit dem Finger auf die Umkleibenden.

„Sie und Sie, Bremer, Kipowick und Sam, Ihr wolle doch

12 Tage Zeit für Deutschland. London, 2. Mai, 1 Uhr 25. Der Bericht, der heute morgen den Alliierten von dem belgischen Außenminister Jolba unterbreitet worden ist, ist einstimmig angenommen worden. Nach Schluß der Sitzung des englischen Kabinetts trat um 1 Uhr der Oberste Rat zu einer Sitzung zusammen. Deutschland ist eine Frist von 12 Tagen eingezwungen worden. Die deutsche Regierung muß jedoch am Verabend des zwölften Tages die Bedingungen annehmen, die ihm von der Reparationskommission bekanntgegeben werden.

Paris, 2. Mai. (M.T.B.) Der Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Haas“ meldet: Die Sitzung des Obersten Rates war erst kurz vor 9 Uhr abends beendet. Bei der Mitternacht in sein Hotel erklärte Briand den Pressevertretern: Die Einigung ist beinahe hergestellt. Morgen vormittag wird sie vollkommen sein, wo eine neue Sitzung für 11 Uhr 30 anberaumt ist. Der Einberufungsbefehl für die Jahrestafel 1919 ergeht heute abend in Uebereinstimmung mit dem Obersten Rat. Die paar Punkte, die noch in der Schwebe sind, beziehen sich auf die finanziellen Garantien des Landes.

Die Zahlungsbedingungen.

Paris, 2. Mai. In einer Haas-Meldung aus London heißt es:

Die Sitzung des Redaktionsausschusses, der aus Briand, Lord Curzon, Graf Sotza und Jolba gebildet war, um am 12 Uhr 30 Minuten mittags beendet. Es kam eine Verständigung über einen einheitlichen Wortlaut zustande, der dem Obersten Rat unterbreitet werden wird und dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist.

Was die Zahlungsbedingungen betrifft, so wird Deutschland 46 Jahresraten in Höhe von 60 Prozent seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinsfuß von 2 1/2 Prozent vorgesehen, der in der Folge auf 5 Prozent einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Garantien von Bonds ausstellen, eine erste Rate von zwölf Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist, eine zweite Rate von 38 Milliarden Goldmark, die am 1. November ausgegeben wird, dann eine dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark, die je nach der Zahlungsfähigkeit des internationalen Geldmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden wird.

Der Oberste Rat begann um 1 Uhr nachmittags und war bereits kurz vor 2 Uhr beendet. Der Entwurf des Redaktionsausschusses wurde in seinen großen Zügen gutgeheißen.

Die Finanzsicherheitsbedingungen werden nochmals am 3. Uhr zusammenkommen, um die Zahlungsbedingungen und die Sicherheitsbedingungen festzustellen, die dazu bestimmt sind an Stelle des territorialen Unterpfandes zu treten. Die Besetzung würde nämlich nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission aufgegebenen Bedingungen annehmen sollte.

Frankreich bereitet den Einmarsch vor.

T. U. Paris, 2. Mai. (Drahtnachricht.) Briand hat gestern an Barthou telegraphiert, sofort den Befehl zur Mobilisation der Jahrestafel 1919 auszugeben. Barthou hat beschloßen, den Angehörigen dieses Jahrganges perlinisch den Auftrag zu senden.

Vom englischen Bergarbeiterstreik. T. U. London, 2. Mai. (Drahtbericht.) Der Zustand im Streik ist unperändert. Die Möglichkeit, die beiden Parteien zu gemeinsamen Verhandlungen zu führen, ist ferner denn je. Ein langer Streik ist das Wahrscheinlichste.

Sozialdemokratie und Reichsregierung.

Reichstagspräsident Gen. Loche verlangt die Mehrheit für die Partei bei einem Wiederintritt derselben in die Regierung.

Das „Berl. Tageblatt“ läßt sich aus Wiesbaden melden: „Der Reichstagspräsident Loche ist, der bei der höchsten Klatschdang der Reichstagsversammlung, wurde von einem Vertreter der „Reichstags“ über die politische Lage befragt. Loche meinte u. a.: Von einer gut unterrichteten Stelle auf Seiten

einen Wagenkontrollur, wolle richtiges Gewicht, wolle Euer Geld? Wersteht Ihr?“

„Ja, ja!“

„Wider ein Komitee, geht zum Oberaufseher, fordert einen Wagenkontrollur; verheißt Ihr? Ihr müßt einen Wagenkontrollur haben! Ihr dürft nicht nachgeben, dürft keine Angst haben!“

„Nein, keine Angst!“ rief Mike, der ein wenig Englisch verstand, erklärte Jamesonoff häufig die Worte der Frau und Jamesonoff, seinen Kopf nach an der Stelle verbunden war, wo ihr Jeff Cottons Revolver getroffen, nicht erfüllt seine Zustimmung. Trotz seiner Beulen war er bereit, zu den anderen zu halten und dem Aufseher entgegenzutreten.

Kun aber nach eine andere Frage aufgeworfen: „Wer wird mit dem Aufseher sprechen?“

„Er“, sagte Frau David zu Hal.

„Sie, ich bekomme doch den Lohn; ich kann nicht dafür sprechen.“

„Außer Ihnen versteht sie niemand darauf“, meinte die Frau.

„Freilich“, stimmte Mike bei, „es muß ein Amerikaner sein.“

Hal jedoch beharrte auf seiner Weigerung. Wenn er zum Aufseher sprach, so hatte es den Anschein, als ob er bloß um des hohen Lohnes willen die Bewegung ins Leben gerufen habe.

Es wurde nun eifrig disputiert und erzwungen, bis schließlich der alte John Edstrom sagte: „Nehmen Sie mich ins Komitee.“

„Sie?“, fragte Hal. „Aber Sie werden doch fortgesetzt, und was soll dann aus Ihrer Frau werden?“

„Ich glaube, meine Frau wird heute Nacht sterben“, sagte Edstrom schlicht.

Er sah einen Augenblick schweigend da, starrte mit hell zusammengepreßten Lippen vor sich hin; schließlich fuhr er fort: „Der Doktor meint, wenn es nicht heute ist, so ist es bestimmt morgen, und dann ist mir ohnehin alles einelei. Ich muß nach Pedro hinunter, um sie zu begraben, und was macht es mir denn aus, wenn ich nicht mehr hier herauf darf? Ich möchte gerne noch für Euch tun, was in meinen Kräften liegt. Ich habe mein Betrag als Bergmann gearbeitet, das ist Herrn Cartwright bekannt; vielleicht hat es einen Einfluß auf ihn. Wir, Joe Smith, Eltona und ich wollen mit ihm sprechen; ihr anderen wartet ab und verlaßt eure Arbeit nicht unnötig zu verlieren.“

(Fortsetzung folgt.)

„König Robie.“

Roman von Upton Sinclair.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als Mary Burke erschien, erkannte Hal an ihrem Ausdruck, daß sie wieder in ihren alten Bestimmungswesen verfallen sei. Einen Augenblick empfand er eine gewisse Empörung. Das Abenteuer begehrte ihn, doch, daß er verlangte, es solle alle begünstigen, insbesondere aber Mary. Wie jeder, der selbst noch wenig gelitten, ließ sich bei anderen der Zustand unangenehm sein. Mary war heute gegen die bürgerlich-republikanische Reaktion zu kämpfen, wie sie sich vorwiegend in der Gemütskrankheit geäußert hat, nicht zu unnötigen verwerflichen Mitteln und Ausschweifungen wird sie die Arbeiterklasse verführen, die nur der Reaktion Milde erweisen werden und die Arbeiter dem Justizhaus überliefern.

Hand- und Kopfarbeiter, das gesamte werktätige Volk muß sich fester und einiger als je um die Politik der Sozial-

demokratie klären. Die Sozialdemokratie hat gesagt, daß sie bereit und fähig ist, positive, praktische parlamentarische Arbeit für die breiten Massen der Bevölkerung zu leisten. Die Sozialdemokratie will jetzt auch beweisen, daß man sie nicht ungeachtet zur Einstimmigkeit herabdrücken will über ausschließen kann. Stärkt die Organisationen, verbreitet die Arbeiterpresse, bringt Aufklärung und Wissen in alle Köpfe und ignoriert nun Kampfe alle Kräfte an, damit wir durch diese Schritte die bürgerlichen Parteien gewinnen, der Arbeiterklasse den ihr gebührenden Einfluß zurückzugeben Frauen und Männer des wertvollsten Volkes, an Euch ergoht der Ruf:

Wortwähl zum Kampf!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags.

Die Londoner Konferenz. Die englische Presse und die Konferenz. London, 2. Mai. (M.T.B.) „Dain Chronicle“ schreibt in einer Leitartikel: Die öffentliche Meinung in England unterstützt Lloyd George bei seinem Wunsch, daß die Alliierten sich kräfte an die Bestimmungen des Friedensvertrages halten, da die Rechte der Alliierten so klar seien, könne viel gewonnen und nichts verloren werden.

„Daily News“ schreiben: Es scheint die Zeit gekommen zu sein, wo dem französischen Volke oder den französischen Staatsmännern eindeutig gesagt werden muß, daß der übrige Teil der Alliierten nicht länger mit ihren militärischen Bedenken identifiziert werden kann und daß, wenn Briand unter keinen Umständen auf seine drakonischen Vorschläge verzichten kann, er allein London und er allein die schwere Verantwortung auf sich nehmen wird, sein Land vom Räte der Nationen isoliert zu haben.

„Daily Express“ schreibt: Die einzige Weg für die britische Regierung sei, darauf zu bestehen, daß keine überflüssige Aktion unternommen wird.

Franz Wirth, Seifen-Fabrik
 Rossmarkt | Merseburg Fernspr. 271
 empfiehlt zu den niedrigsten Tagespreisen, auch an Wiederverkäufer
 weiße, helle u. dunkle Kernseifen, sowie gekörnte
 gelbe u. weiße Schmierseifen, Seifenpulver, Persil
 und alle Waschartikel.

Dampferfahrten Salonschiff
 „Monika“
 nach
 Bad-Neu-Ragoczy
Himmelfahrt
 ab unterhalb der Pölsnitzbrücke S.30. 1.00, 3.00 Uhr
 ab Neu-Ragoczy 10.00, 2.00, 7.30 Uhr
 Fernruf 4359.

H. U. Otto Herrmann
 Halle a. S., Magdeburgerstr. 9.
Grosshandlung
 Herrenstoffen, Kleiderstoffen
 und allen
Baumwollwaren
 für Schirmherrenschäfte, Händler und Schneidergeschäfte
 günstiger Einkauf u. Tagespreisen.
 Lagerverkauf lohnend.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
 Einzige, farbig gedruckte humoristisch-
 satirische Zeitschrift der Sozial-
 demokratischen Partei Deutschlands
 Erscheint alle vierzehn Tage
 Preis der Nummer 60 Pf.
 Bestellungen suchen entgegenkommen von
 der Redaktion dieses Blattes und von
 sämtlichen Ausstreuern

Erneuter = Preisabbau
 in
Knaben = Anzüge
 in den allerneuesten Moden

Knaben-Anzug für das Alter von 3-9 Jahren, in hübschen, durchfallenden Farben und haltbaren Stoffen, in Sports- und Schulstoffen. Preis 61.50 Mk.	Knaben-Anzug für das Alter von 3-9 Jahren, in bunten, artischen, bräunlichen und gelblichen Farben, mit weichen Stoffen, beliebt in Sports- und Schulstoffen. Preis 87.50 Mk.
Knaben-Anzug für das Alter von 3-9 Jahren, Der Schöner der Saison in drams-tischen Modellen. Materialform an Doppelreihen und Gürtelmaterial, sehr haltbare Stoffqualitäten. Preis 120.50 Mk.	Knaben-Anzug für das Alter von 3-9 Jahren in den letzten herrlichen Farbenblenden und erklüglichen Stoffqualitäten, Materialform zum Doppelreihen und Gürtel ringesherum. Preis 195.00 Mk.

In den Anzügen sind einsteckbare zur gefälligen Ansicht angelegt. Den großen Preisfall und Anklänge den die Preise bei meiner weiten Kundenschaft gefunden haben, ist der beste Beweis meiner tüchtigen Tätigkeit.

Gronf Kemmer,
 14 Marktplatz 14

Stadt-Theater
 Mittwoch, d. 4. Mai,
 Ansg. 7^{1/2}, Ende 10 Uhr:
Maria Magdalena
 Trauerspiel von
 Fr. Hebbel.
 Donnerstag: Salome.

Solbad Sürthental
 Robert-Franz-Str. 10,
 stark radiumhalt. Schmelzbad,
 Moos- u. medizinischen Bäder
 Kabinen für 3500 Mk., zu
 vier Jahren
 u. e. ca. 21r. 148, pl. r.

Joh. Kallenowski
 Halle 7/8
 Lindenstr. 7
 (pari)
 immer
 gut und
 billig
 Wein
 Laden

Von heute bis Pfingsten sehr preiswertes
 Angebot in **braunen** Schuhwaren:
 braune Herrenstiefel, Rindbox . . . 240.—
 Damen-Halbschuhe echt Chevr. 168.—
 -Stiefel echt Chevr. . . 198.—
 -Box Call . . . 198.—
 Damenspannen . . . 144.—
 Kindersl. Rindboxoder Box Call
 23/24 27/30 31/35
 65.— 80.— 125.— 138.—

Billige Seefische!
 Kabeljau und Seelachs ohne Kopf . . . 1.90 Mk.
 Fischkoteletten o. Kopf . . . 2.20 Mk.
 Sehellfisch o. Kopf . . . 2.80 Mk.
Friedrich Kraemer,
 Fisch- und Geflügel-Handlung,
 Hildesheimer Str., Fernruf. 6205.
 Mittwoch-Verkauf am Wochenmarkt,
 Fernspr. dort 6600.

Empfehle sämtliche Büroartikel!
**Ideal- und Erika-Schreibmaschinen, Additions-
 maschinen, Typendruckere und andere
 Vervielfältigungs-Apparate, Büromöbel, Re-
 gistratur- und Kartei-Einrichtungen.
 Reparaturwerkstatt für Büromaschinen.**
Osterwald Werke, Halle a. S.
 Poststraße 8 Fernspr. 3725.

**Konsumverein für Weissenfels-
 Naumburg und Umg. e. G. m. b. H.**
 Etwas für den Waschttag!
 la Kernseife, 60/62%, Fettgehalt Mk. 2.80
 la Henkels Bleichsoda, Paket „ 1.50
 la Puls Bleichsoda, Paket „ 1.25
 Hoffmanns Stärke, 1/2 Pfd. Paket „ 5.—
 Ferner verweisen wir auf unsere billigsten
 GEG Erzeugnisse, Famos, Seifenpulver,
 Schmierseife.
 Der Vorstand.

2100 *für einen Herrenanzug*

biehen Ihnen die beste Gewähr auch
 für Ihren Geschmack und Ihre Figur

bei uns das Richtige
 zu finden!

Wir empfehlen:
 Herren-Anzüge moderne Form mit auf-
 gesetzten Taschen 495, 448, **355-**
 Herren-Anzüge Sport-u. Sacco-Form, neue
 braune Farben, haltbare
 Stoffe . . . 675, 560, **543-**
 Herren-Anzüge neueste Homespun-Stoffe,
 hochgeleitet verarbeitet . . . **715-**
 Herren-Anzüge Ersatz für Massarbeit, ge-
 diegene Quäl. 1250, 1150, **950-**

Unsere Sonder-Ableitung für
Junge Herren bringt i. großer Auswahl
 Anzüge, modern verarbeitet, m. aufgesetzten
 Taschen und Rückengurt . . . **320-**

V. Weipß *zum Markt*

Pa. Speisekartoffeln
 45.— Mk. pro Zentner
 ab Lager Mansfelder Straße 29
 hat abzugeben
 I. A. Richard Müller.

Millie Seifen
 für Haushalt und Toilette, wie
 Walsons/Malches 450gr | Alabaster-Seife 300 gr
 Wagner Freres 500 | Span Olivenölseife
 sowie die feinsten Bäder- u. Toilettenseifen in
 den verschiedensten Formen u. Farben in 80, 100, 150
 u. 180 Gramm schweren Stücken.
 Händler u. Kaufleute erhalten Mengenpreise.
 Auch sind sämtliche Artikel zur Weiche, Schenkerstr.
 11, in guter Qualität zu haben in
G. Engelhardt's Seifen-Exz.-Belmährt
 Martinstraße 28. II.

Damen- u. Kinderhüte
 für die
Frühjahr- und Sommerfaison
 in großer Auswahl.
Eise Pitzschke, Inh. M. Emsel,
 Merseburg, Große Ritterstraße 1.

Dauerhafte Brieftaschen
 in prima Leder
 und allen Preislagen
 sehr preiswert.
H. Krasemann
 Lederwaren-Spezial-
 Geschäft
 nur Schmeerstr. 19

**Beleuchtungskörper,
 Fahrräder.**
 Nähmaschinen-Ersatzteile
 Reparaturen u. Neuanlagen
P. Geheb,
 Merseburg, Oelgrube 15
 Telefon 274.

Jeder sollte lesen!
 Anstalt der Ehe u. Fitter-
 wagen 46 5, Weichhäute 5,
 Frauen 46 5, Weichhäute 5,
 Emp. d. 46 5. Die Ehe
 umt 2. 46 5. 46 10,
 Erbesleben (10 Bände), 46 4,
 46 6 Bände mit 30 Abbild.,
 46 1.50-2.00. Frau G. Strank
 Abt. 34, Berlin W. 50.

**Rüchensche,
 Rückenbänke,
 Rückenrahmen,
 Bettstellen,
 Rohr-Hölle,
 Paletten**
 mit guten Matratzen
 empfiehlt
 besonders preiswert
Hugo Lichtenfeld
 Ammendorf,
 Regensburger Straße 12
 Fernspr. 215.

Möbel
 empfiehlt billigst
Hugo Schmieder
 Tischlermeister,
 Merseburg, Preußlerstr.
Sportmügen
 in allen mod. Farben prima
 J. Kalliga,
 Große Hansstraße

Grosse Wohltätigkeits-Veranstaltung
 zu Gunsten der Kinderhilfe
 veranstaltet vom
Arbeiter-Wohlfahrts-Ausschuss der Sozialdemokratischen Partei (S.P.D.) Halle a. S.
 am **Sonnabend, den 7. Mai, abends 8 Uhr,**
 in **Wilsdorfs Konzerthaus, Karlstrasse 14,**
 bestehend in
Instrumental- u. Gesangs-Konzert, Rezitationen u. Solovorträgen
 unter Mitwirkung des **Görlich-Orchesters, Gesangverein „Freier Sängerkhor“** unter Leitung seines Dirigenten **G. Lissel** sowie verschiedener
Genossinnen und Genossen.
 Vorverkauf in der **Buchhandlung „Volksstimme“.**

Partei-Angelegenheiten.

Alle Gewinne und Gewinnen, welche noch in Besitz von Arbeiterpartei sind, werden geteilt, bei der heutigen Funktionserhebung die Karten bestimmt abzuliefern.
Vorstandssitzung der S.P.D. Dienstag abend 6 1/2 Uhr im Wilsdorf's Gesellschaftshaus. Die Sitzung beginnt pünktlich.
Große Funktionssitzung der S.P.D. am Dienstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, in Wilsdorf's Gesellschaftshaus. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.
Kundgebung. Dienstag abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Wilsdorf. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.
Arbeiterjugend. Unsere Mitgliederversammlung findet nicht statt. Dafür 7 1/2 Uhr bei der Beinh. Freitag 1/2 Uhr im Sozialist. Mitglieder-Versammlung.
Der Vorstand.
Holländischer Gewerkschafts- und Vereinstafelabend.
Verband der Metzler. Morgen, Mittwoch, den 4. Mai, Mitglieder-Versammlung im Gesellschaftshaus, Kasstr. 14.
Greter Leinwand. Sondereinführung Ausflug nach der Heide, Ostau und Lettin. Treffpunkt nachm. 1/2 Uhr am Cafe David der 2 Uhr an der Eisenbr. Brücke, gefolgt von der Straßenbahn. Ziel: GutsMuths zur guten Quelle, Lettin. Teilnehmer willkommen. Nächste Eingangsfeier Freitag punkt 6 Uhr im Vereinslokal, Stadt Dresden, Martinstraße.

Aus dem Stadtkreis.

Seite 3. Mai 1921.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Montag, den 2. Mai.

Des politischen Chamaillon Herr Kilian. — Errichtung zweier neuer Horte und Kindergärten.

Der Stadtverordneter Herr Kilian gibt zunächst eine Magistratsmitteilung bekannt, die befragt, daß zum Städtetag nach Stuttgart am 23. und 24. Juni ein Vertreter entsandt werden soll. Es wird beschloffen, Herrn S. G. n. n. g. den stellv. Vorsteher zu delegieren.
Eine Eingabe der Firma J. Lewin über die Kündigung des Mietverhältnisses für die Käden im Stadthaus wird dem Grundeigentumsausschuß übermittle.
Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung verliest der Stadtverordneter Herr K. eine Erklärung des unbesetzten Stadtrates Kilian, worin dieser auf die letzten Angriffe des St. Minner (Dem.) in der vorletzten Sitzung eingiht. Kilian ist durch die Lagung des preussischen Landtages am Erscheinen verhindert. In der Erklärung heißt es, daß seine (Kilian's) politische Überzeugung nicht der Stadtverordnetenversammlung unterleide und daß insbesondere das „allerhöchste Mißtrauensvotum“ des St. Minner ihn völlig laßt. Auf die großhätigen Ausführungen des unabhängigen St. Kilian aber habe er gar keine Befanlichung eingeworfen.
St. Minner wiederholt jedoch noch einmal die Gründe für das Herrn Kilian ausgeprochene Mißtrauen und weist dabei auf die bekannte Erklärung Kilian's anlässlich der kommunalpolitischen Verhandlungen hin; er wolle sich für die Ruhe der Stadt bemühen und den Gegenseitigen, als Kilian im „Volkspost“ erneut die Arbeiter zum Streit aufreize.
Stadtr. K. rüch (Unabh.) beantragt, daß es ihm nicht möglich ist, mit Herrn Kilian die Dinge zu trennen. Herr Kilian, was politische Chamaillon, kann nicht befehlen.
Stadtr. Minner (Dem.) gibt nunmehr eine Erklärung ab, die die Beifügung auf dem städt. Sozialtag bezieht und sich gegen die Angriffe von Seiten der „Hall. Allg. Zeitung“ auf die Demokraten und besonders Herrn Minner wendet.
Mit historischen Worten wie „gemeine Dohr“, „tendenziös aufgebaute Berühmtheit“, „furchtbar dumme und bewilligte unehrliche Angriffe“ wird der fragliche Artikel in der „Hall. Allg. Ztg.“ gebankmarkt.
Punkt 1 der Tagesordnung bezieht sich auf das von der Firma A. Sutz & Co. gehörigen Hauses Brüderstraße 14 zu

10 Kleinwohnungen.

wofür ein Baukostenanschlag von 65 000 Mark bewilligt wird. Von den zur Errichtung von 60 Wohnungen an der Metzburger Straße und 24 an der Freimühlener Straße bewilligten Mitteln ist ein Betrag von 400 000 Mark erstübrigt worden. Da es sich bei der hier herbeiziehenden großen Wohnungsnot unter allen Umständen empfiehlt, diese Summe zur Beschaffung weiterer Wohnungen zu nutzen, so werden, falls das städt. 3-Höcker-Gruppe an der Rießelstraße im Gebäudefortschrittplan vorgelegene Familienhaus sofort noch begonnen werden, da dessen Abschließung mit 330 000 Mark berechneten Kosten sich in Grenzen obiger Summe halten.
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem zu.
Büroverordneter Herr K. beantragt, die Kriminalpolizei erfordere einen Betrag von 5000 Mark, der bewilligt wird.
Dem Mietverträge mit dem Expeditionsbüro über eine Uffersfläche von ca. 5650 Quadratmeter Größe auf ein Jahr (bis 31. Dezember 1921) wird unter Freijugung des Mietzinses auf 1500 Mark und unter Zuführung der Wiederermietung des Schuppens IV 2/3 freiermaßen zugestimmt; ebenso den Mietvertrag mit der Rederei unter den bisherigen Bedingungen auf ein Jahr (bis 31. Dezember 1921) zu verlängern.
Der Magistrat hat die Verpachtung des Ende September 1921 zahlreich werdenden Herpalms 103 an der Wilsdorf'schen Straße an den Verein zur Förderung des Gemüses in Ringgärten auf ein Jahr zum Pachtzins von 120 Mark für den Morgen beschloffen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt diesem Beschluß zu mit dem Zusatzantrag des Grundeigentumsausschusses, daß die Pachtzins nicht größer als 1/4 Morgen sein sollen.
Der Magistratsantrag. Der Vermietung des Ladens Nr. 8 im Alten Krum an den Obhändler Hermann Schmutz 1/2 unter den folgenden Bedingungen und gegen 3800 Mark Jahresmietzins zugestimmt, hat eine Ausdrücke zur Folge.
Damit in Verbindung steht eine eingegangene Beförderung des Kaufmanns B. Heise über Vermietung des Ladens Nr. 8 im Alten Krum.
St. Minner (Dem.) bemerkt hierzu, daß es nach der Darstellung des Kaufmanns Heise den Anschein habe, als ob eine Umänderung der öffentlichen Ausweisung vorliege.
Der Bericht über das noch aus; Mir ist befangen, daß weit

höhere Angebote vorliegen wie das des Herrn Schmutz. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen der Magistrat diese zurückgewiesen hat. Wenn wir einen höheren Mietvertrag angeboten erhalten, dann sollten wir doch zugreifen, denn das liegt nur im Interesse der Stadt.
Stadtverordneter Herr K. sagt hierzu, daß er noch ein Nachangebot eingegangen ist, wird das Beste sein, wenn der Termin noch einmal ausgesetzt wird.
Magistrat Hoyer verteidigt die Vermietung des Ladens an Schmutz.
Der Antrag des Vorsteher Kell, die Angelegenheit an den Grundeigentumsausschuß zurückzuverweisen, wird mit dem Entschluß der Deputierten, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Die Magistratsvorlage, auf Vermietung des Ladens an Schmutz ist somit angenommen.
Der Haushaltsplan der Stiftung „Welschendorfs“ für 1921 wird genehmigt und die Einnahme und Ausgabe auf 20 300 Mark festgelegt.
Gleichfalls genehmigt wird der Haushaltsplan der Christlichen Stiftung mit einer Einnahme und Ausgabe von 23 400 Mark. Das Haushaltsjahr wird beauftragt, über die bereits bewilligten Mittel hinaus (1/2 der Jahresbeiträge) Kohlenvorräte zur Sicherung der Heizbetriebe zu beschaffen. Es ist aber verantwortlich dafür, daß in sämtlichen Dienststellen im Rechnungsjahr 1921 nicht mehr verbraucht wird, als im Haushaltsplan vorgesehen ist.
Stadtverordneter Herr K. sagt hierzu, man solle sich mit der Anschaffung von großen Kohlenvorräten keineswegs beschäftigen, denn es ist ja viel Kohle vorhanden, daß im nächsten Winter eine Überbeschaffung mit Beilets eintreten wird. Er bittet deshalb den Magistrat, bei der Anlegung von Kohlenlagern vorzusehen zu sein.
Schaffung von Einrichtungen der Kinderfürsorge.
Der Magistrat hat die Neugründung von zwei Herten, zwei Kindergärten und die Übernahme der beiden Krippen des Vereins für Volkswohl befohlen. Der Übernahme der Krippen ist bereits von der Stadtverordnetenversammlung am 17. 3. 1921 zugestimmt worden und im Übrigen hat die Stadtverordnetenversammlung am 4. 4. 1921 einen Antrag der S.P.D. dahingehend angenommen, den Magistrat zu erlauben, Einrichtungen zu schaffen, in welchen die noch nicht hinreichend gesicherten Kinder von den Frauen und Witwen unterstützt werden können, welche zur Erhaltung der Familie tagsüber auf Arbeit gehen müssen.
Für die Neugründung der beiden Herten und beiden Kindergärten war für den Magistrat folgende Bestimmung: Die wachsende allgemeine Bekanntheit in der Kinderwelt, ihre Tendenz zur Vermählung und Vererbung sind allgemein bekannt. Fast durchschnittlich sind 40 bis 50 Prozent jeder Kinderkategorie vor dem Tode anfallig. Die Feststellungen für die Kinderärztliche Beiratsstelle haben sich auf über 5000 Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren erstreckt. Von diesen waren rund 1100 Kinder, also über 21 Prozent nach den obigen Gesichtspunkten dringend kindergärtnerbedürftig.
Zur Abstellung dieses Bedürfnisses befinden sich in dieser Stadt 6 Kindergärten und 6 Bewahrschulen. Hier von den Kindergärten dienen dem Erwerbszweck und kommen daher für die Unterbringung wirklich bedürftiger Kinder nicht in Frage. Der Kindergarten der Witwen-Verein-Stiftung dient pädagogischen Zwecken, so daß nur der Kindergarten des Diakonissenhauses mit rund 60 Kindern ernsthaft in Betracht gezogen werden kann. Die „Bewahrschulen“ sind auf zeitweilige Grundtage angelegt.
Es befinden sich nach den festgestellten des Jugendamtes von den kindergärtnerbedürftigen ermittelten Kindern nur 6 Prozent in den Bewahrschulen und Kindergärten. Die Feststellungen über die kindergärtnerbedürftigen der Schullinder erstreckt sich auf sämtliche Schullinder. Hieron sind 1130 als dringend notwendig anzuerkennen. 340 befinden sich davon in den sechs städtischen Herten.
In dieser Stadt bestehen neben den 6 genannten Herten 9 Horte privater Natur: 4 Horte des Fortvereins, (Gießhölzchen mit 45 Kindern, Neumarkt mit 76, Freimühlend mit 45, Luisenpark mit 40 Kindern), ein Hort des Vereins Hebron in der Viehener Straße mit 50 Kindern, ein Hort des Vaterländischen Frauenvereins in der Schimmelpfanne mit 40 Kindern, 2 Horte Witwen-Verein-Stiftung für pädagogische Zwecke, ein Hort im Jugendhof des Diakonissenhauses mit 17 Kindern. Die Horte der Witwen-Verein-Stiftung sollten auch hier aus, die sie ausschließlich pädagogischen Zwecken dienen.
Die einmalige Aufwendung für die Übernahme der Krippen beträgt nur 6100 Mark, da sich der Verein für Volkswohl in hantelndem Maße beteiligt hat, was gelamte Inzenten der Stadt kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Betriebskosten der beiden Krippen sind in der Anlage A mit 101 500 Mark veranschlagt. Die Einnahmen werden voraussichtlich bei einem täglichen Verpflegungssatz von 2 Mark pro Kind 14 100 Mark betragen. Diese sind abzuziehen.
Die einmaligen Aufwendungen für die beiden Kindergärten werden 56 200 Mark betragen. Die Kindergärten werden räumlich in der Barade Ringgärten und in der Lauchstädter Straße Nr. 23 untergebracht werden. Die Betriebskosten betragen jährlich 96 500 Mark. Hieron sind die Einnahmen bei einem wöchentlichen Satz von 90 Pf. und täglich für Speisung 30 Pf. für das Kind, insgesamt 18 000 Mark, ebenfalls abzuziehen.
Die einmaligen Aufwendungen für 2 Horte betragen 26 235 Mark. Die Unterbringung der Horte ist in der Lauchstädter Straße Nr. 28 und im Hospital Glauchaer Straße geplant. Die Betriebskosten werden 92 120 Mark betragen. Darin sind 41 000 Mark Verpflegungskosten enthalten, welche in voller Höhe nur zur Ausgabe kommen, wenn die Unterpflegung, was nach den Erklärungen der Quäler voraussetzlich hier noch nicht zu erwarten steht, ausfällt. Die Einnahmen werden bei einem wöchentlichen Satz von 90 und 60 Pf. täglich für die Speisung für jedes Kind jährlich 20 740 Mark betragen.
Gen. Müller: Die Maßnahme der Stadt zur Unterbringung der Kinder ist nur zu begrüßen. Trotzdem muß aber doch gesagt werden, daß es noch nicht genügt. Selbst die nächste Finanzlage der Stadt darf uns nicht hindern, weitere Einrichtungen dafür zu treffen, daß die kindergärtnerbedürftigen Kinder rechtlos untergebracht werden. Halle hat stets eine besonders große Anzahl bedürftiger Kinder gehabt. Wir sind ferner der Ansicht, daß ein täglicher Verpflegungssatz von 2 Mark für die im Ort untergebrachten Kinder zu hoch ist. Die Wänter werden dadurch abgehoben werden, ihre Kinder dort unterzubringen, weil sie mit jeden Groschen rechnen müssen. Wir beantragen deshalb den Magistrat für die tägliche Unterbringung auf 1,50 Mark festzusetzen. Zugleich möchte ich das Stadtverordnetenkollegium dringend bitten, nicht bei den

in der Magistratsvorlage vorgezeichneten Einrichtungen stehen zu bleiben, sondern schon in allerhöchster Zeit weitere Schritte nach dieser Richtung zu unternehmen.
Bürgermeister Eggel spricht gegen die Verabreichung des Pflegegeldes. Das Kind bekommt dafür eine volle Mäßigkeit und die Mutter ist eine große Sorge los. Im übrigen muß betont werden, daß dieser Satz von 2 Mark keineswegs feststehend ist. Dieser Betrag soll vielmehr von denen erhoben werden, die das zu bezahlen in der Lage sind. 2 Mark sollte nur die Höchstgrenze des Pflegegeldes sein.
Zu der Vorlage sprechen dann noch die Stadtr. Spieth (F. Vereinig.), Bund (Dn.) und Gräfe (S.P.D.). Letzterer ist ebenfalls mit den Maßnahmen, welche die Vorlage vorleitet, nicht zu frieden und unterstützt den Antrag des Gen. Müller. Er beantragt ferner noch, den Magistrat zu erlauben, weitere Einrichtungen gleicher Art wie vorgezogen zu schaffen.
Ein Beauftragterantrag wird angenommen.
Die Abhaltung über den Antrag des Gen. Müller ergab Ablehnung desselben gegen die Stimmen der genannten Rinder. Der Antrag G. A. e wurde mit den Stimmen der drei bürgerlichen Stadträte angenommen.
Nach Annahme der Magistratsvorlage ergab Oberbürgermeister Heise das Wort und gab einen Überblick über die großartige Kinderfürsorge der amerikanischen Quälergesellschaft. Im Januar 1920 kam die erste Hilfe von Seiten der Quäler. Am 20. April d. Js. konnten bereits 3800 Kinder gepflegt werden. Im Mai folgte die Zahl schon auf das Doppelte. Im Februar d. Js. nahmen schon 9000 Kinder und Mütter an der Speisung teil und bald wird die Zahl von 10 000 erreicht sein, die der Quälergesellschaft zufließen werden. Der gelamte Betrag für die durch die Quäler ermöglichten Speisungen beläuft sich auf etwa 4 Millionen Mark. Es verleiht, daß die Quäler im August d. Js. Deutschland verlassen wollen. Wir hoffen alle, daß wir auch über den Staat hinaus die Wohltätigkeit der Quäler prüfen werden. Die Quäler haben uns durch ihr Werk eine Hilfe zu teil werden lassen, für die wir ihnen nicht genug danken können.
Stadtverordneter Kell schließt sich im Namen der Stadtverordnetenversammlung diesem Danke an die Quäler an.
Zur Herstellung einer elektrischen Lichtanlage sowie einer elektrischen Sprachförderungsanlage im städtischen Betham werden noch 312 3/4 Mk. nachbewilligt.
Die Beschloffen für Gestaltung der Beplanung der Desinfektionsanlagen einschließlich der Löhne für die Arbeiter in Höhe von 17 562 7/8 Mk. werden nachbewilligt.
Ebenfalls nachbewilligt werden die Beiträge für die Abschaffung in der Desinfektionsanstalt in Höhe von 350 Mk.
Ein Antrag der Angehörten der Kriegsbildungsanstalt für die Regelung ihres Angehörtenverhältnisses wird abgelehnt.
Die Punkte 18 bis 28 der Tagesordnung betreffen Entlohnungsereignisse für Rechnungen.
Ueber die Vererbung der Zuzuschüsse kann infolge Unklarheit des Referenten Herrn Manjowski nichts berichtet werden.
Der Dringlichkeitsantrag: Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat, daß er die jetzt unbesetzte Direktorenstelle am hiesigen Elektrizitätswerk sofort wieder Besetzung ausrichtet, wird in geheimer Sitzung verhandelt.

Gondergericht.

Bei dem sogenannten Rathaussturm in Bitterfeld war auch der Zimmermann Otto Schuler beteiligt. Er begab sich an jenem furchtbaren Abend in das Bitterfelder „Gesellschaftshaus“ und schloß sich dort dem zur Errichtung des Rathauses gebildeten „Stoßtrupp“ an. Er war einer von den ersten, die in das Gebäude drangen und wirkte bei der Entwohnung und Entnahme des Polizeiwachmeisters Kühne mit. Dieser historische Vorgang stellt ein Verbrechen gegen die Gehehensparagrafen dar. Nachschuß an besagte Strafen, Vorbereitung hochoverräterischer Handlung und Entwohnung der Bevölkerung dar.
Der als Zeuge geladene Polizeiwachmeister Kühne gibt zunächst eine eingehende Schilderung des Rathaussturms, bezieht im Übrigen den aus den bisherigen Vernehmungen ersichtlichen Sachverhalt und sagt zugleich den Angelegten aus, daß dieser sich einer Plünderung des Rathauses seinen Gehehens gegenüber sehr energig zur Wehr gesetzt habe. Auch sei ihm später auf Betreiben Schulers das abgenommene Gemehr wieder zugestellt worden.
Der Staatsanwalt kann aber nicht anerkennen, daß durch diese mißbräunlichen Begleitumstände das objektive Verbrechen getilgt würde und beantragt deshalb gegen Schuler eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und 300 Mk. Geldstrafe, wie sie das Entwaldungsgesetz vorseht. Auch will der Staatsanwalt die Wegnahme des kindlichen Gemehrs als Milderung angesehen wissen, eine Milderung, der sich der Verteidiger lebhaft widersetzt. Dieser bemerkt vielmehr, daß die Entwohnung Kühnes nur eine tatsächliche Sicherung der Rathausarbeiten gewesen sei, aber keinen erkennbaren Diebstahl, als welchen Milderung einig und allein anzusehen sei, darstelle. Im übrigen plädiert er für möglichst milde Beurteilung der vorliegenden Verbrechen. Das Gericht verurteilt Schuler zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.
Der Leumärbeiter Erich Degering, Vater von vier Kindern, soll als Korridor der S.P.D.-Ortsgruppe in Rade bei Lützen Beihilfe zum Hochverrat geleistet und in einer Vernehmung zur bewiesenen Missetatung für die Aufständischen aufgezeigt haben. Die Verhandlung ergibt aber ungezügelt das gerade Gegenteil der Anklagepunkte. Durch die Aussagen von vier Zeugen wird bestätigt, daß Degering sich mit dem Plane trug, in Höden eine Ortswache gegen die von Leuna aus umherziehenden Banden ins Leben zu rufen, was er auch dem Ortsführer zur Genehmigung vorzulegen, mit dieser vor Gericht befaßt. In einer Vernehmung der S.P.D. wollte er sich mit Parteigenossen über die Lage beschweren. Dies stellt an und für sich einen Durchbruch des Belagerungsquellens dar. Wie aber einwandfrei festgelegt ist, hatte Degering keine Kenntnis von den Bestimmungen des Belagerungsquellens, ist also auch in diesem Punkte unbelastet. Der Angelegte wird deshalb gemäß den Maßgaben des Staatsanwalts und des Verteidigers freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt das Reich.
Der 18-jährige Arbeiter Arthur R. Schmidt aus Meißner bei Dresden hat sich wegen Landfriedensbruches zu verantworten. Nach seiner Darstellung fiel er als Arbeiterlocher auf dem Heimwege von Sonnover den werten Banden in Eisenbahn in die Hände, wurde folgebahnen gewaltsam eingekerkert und mußte den Zug nach Ammerndorf mitmachen.

Dort verlor er zu entziehen, erhielt aber dabei einen Bescheid.

Der Herr Staatsanwalt erklärt an, daß bei dem jugendlichen Angeklagten von Beihilfe zum Hochverrat keine Rede sein könne. Seine Vergehen seien in der Verhandlung in aller Meltlichkeit mit demselben Rechte erschienen, trotzdem liegt aber ein Vergehen gegen § 127 Abs. 2 vor, das der Staatsanwalt durch eine in dem nämlichen Gefängnisstrafe gefaßt wissen will. Das Gericht folgt jedoch dem Antrage des Verteidigers und gelangt zu einer Freisprechung des Angeklagten. Auch mit dem Gericht für eine Befreiungsmöglichkeit durch sofortige Heimkehr des Angeklagten Sorge tragen.

Die Verhandlungen gegen den Arbeiter Bobbe aus Solzheim, der sich in den vorliegenden Affären auszuweisen wählte, liefen gegen den jugendlichen Geschwizler Ernst Lybich aus Alsdorf an der Saale, dem später Landfriedensbrude zur Last gelegt wird, wurden beendet, da zur Klärung der Angelegenheiten die Ladung mehrerer Zeugen dringend nötig ist.

In der Morisburg hatte gestern auch die zweite Kammer des Sondergerichts unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Stimm. Zunächst hatte sich der Fleischer Herr Hartkopf aus Alsdorf zu verantworten, weil er sich in Alsdorf an einer bewaffneten Bande angeschlossen und in dessen Namen gegen die Gendarmerie verfahren war. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte vier Kinder hat und vorerwähnt Vater eines fünften Kindes geworden ist, beantragt der Staatsanwalt trotz vorliegenden Anschließens an bewaffnete Banden und Beihilfe zum Hochverrat nur 8 Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilt die Milderung noch wesentlich, indem es auf 5 Monate Gefängnis, 200 Mk. Geldstrafe und den Angeklagten vorläufig aus der Haft entläßt.

Der 19-jährige Otto J. a. m. a. z. a. aus Halle ist mit roten Tüchern nach Schtetten, Zimmertal, Gangerhäuser und von dort nach Alsdorf gezogen. Er behauptet, kein Gewehr bekommen zu haben. In dem Ammeiderger Gericht trug Jentura einen falschen Namen, wurde im Zimmertalburger Lagerort und hernach im Bergmannstrost gepflegt und verurteilt. Das Gericht nimmt an, daß der Angeklagte schon an seiner Verwundung genügend zu büßen gehabt hat und verzurteilt ihn unter Zubilligung größtmöglicher Milderung zu 4 Monaten Gefängnis.

Die Verhandlung gegen Paul Hebestreit, der sich ebenfalls der Vergehen gegen §§ 125, 126 und 127 (Wahrparagrafen) schuldig gemacht haben soll, wird vertagt, da vom Weislich der Beweisaufnahme die Ladung weiterer Zeugen erforderlich ist.

Verurteilung des Elektrikers Karl Bornscheid in drei Überbrückungen, 6. Bez. dem Vorkosten für der roten Armee zur Last gelegt werden.

Der roten Armee angeschlossen haben sich auch Otto Schimpf und Paul Biffor, beide aus Alsdorf. Aber wenn sie die verfassungsmäßigen Zustände als „Vergewaltigung“ bekämpfen wollten, so befehligt sie der Terror und der Militarismus der roten Armee bald darüber, daß sie aus dem „Mengen“ in eine ganz tilsichtige Traufe geraten waren, und ihre Selbstverleugung war so groß, daß sie in Tilsichten eiligt Siegfrieds Larnlarpe aufstiegen, d. h. von der Straße vorwärts zu gehen. Die rasche Eiligkeit will dem Gefängnis strafmildernd erscheinen. Beide werden zu 3 Monaten Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt und verläßt aus der Haft entlassen, zumal da auch Otto Schimpf demnach glückliche Vaterpflicht in Aussicht steht.

Schwurgericht.

Die neue Periode des Schwurgerichts wurde gestern eröffnet. Auf der Anklagebank erschien der 39-jährige Arbeiter Wilhelm Hofe aus Tilsicht, der sich wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Er hat im Dezember 1919 einen Anweisungsbefehl des Tilsichtiger Ortsbohlenleite gestiftet, indem er aus den darauf angewiesenen 15 Jänner 1919 25 Jänner Kopfen „machte“. Da damals eine schwere Kassennot herrschte, wollte der Angeklagte seinen Vater Setzungsmaterial verschaffen. Das Hofe die Tat nicht aus unehrlichen Motiven begangen hat, zieht das Gericht nicht in Betracht. Die Beschwerden bejahen die Schuldfassung. Jedoch aber zugleich dem Angeklagten mildernde Umstände zu.

Hierzu beantragt der Staatsanwalt wegen einfacher Urkundenfälschung zwei Monate Gefängnis, während der Verteilung für eine zeitweilige milde Beurteilung seines Klienten überließ. Wie sich zu einem Monat Gefängnis verurteilt, doch wie die Strafvollstreckung ausgeübt und dem Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren gewährt, nach welcher er das Vergehen durch eine einmalige Geldbuße lösen kann.

Die Amtsaufhebung der 9 Räte der Schulpolizei.

Herr Böttcher von der „Halleischen Zeitung“, die jetzt in ihrer behauptet gesungener Wagen eine Hauptrolle einlegen muß, schrieb einmal in einem jordanigen Augenblick von der „lojalistischen“ Schulpolizei. Man ist es ja Laßache, daß ein erhebliches Teil der Kommunisten Mitglieder der Sozialdemokratie sind. Was aber die Herren, die in der Schulpolizei „arbeiten“, am meisten in die Welle bringt, ist die Laßache, daß die Schulpolizei ein solches — wohl nicht sozialdemokratisch — aber republikanisches Gremium ist, bis auf die Offiziere. Da nicht es wesentlich ist, aber auch diese verurteilen auch immer wieder den einseitigen, repressiven Charakter der Pundertätigkeiten durch die andere Maßnahmen zu verändern. Man muß nicht nur, sondern deshalb dann die Angriffe in den unentwegt monarchistischen Kreisen, deshalb das Gebot von der „lojalistischen“ „verleumdenden“ Schulpolizei. Dabei hat sich in zahlreichen Fällen gezeigt, daß die Schulpolizei aber gerade das ist, der Vorgesetzte der Reaktionäre, welche sich behaupten als wohl jemals eine Polizei überhaben. Aber gerade das ist der Vorgesetzte der Reaktionäre, welche die Schulpolizei aber nicht das ausführende Organ der sozialdemokratischen Partei ist, ist es eben „lojalistisch“ verurteilt.

Wir halten es aber für notwendig, auf eine andere „Reinigung“ aufmerksam zu machen, die sich während des Kommunistenbesatzes bemerkt, allerdings nicht bei den A. n. s. a. l. e. n.

Bestrebens lebende Politiker fanden es anständig, daß man von den kommunistischen Anhängern in Mitteldeutschland an der Universität wohl das Semester beendet war, die meisten Studenten aber ganz gegen ihre Gewohnheit in Halle zurückblieben. Von dort unterrichtete diese wurde uns mitgeteilt, daß durch Vermittlung des „wohlführenden“ Oberst D. a. t. a. t. i. g. ein, nach dem wir mit Afford, abgeschlossen werden war, umgeben Vorgesetzten der ehemaligen Justizminister und verschiedenen Offizieren der Schupo auf gegenseitige Unterstützung. Die Wirkung dieses Vertrages sollte man dann auch bald lernen. In dem Bestreben, könnte man in der nächsten der Schulpolizei die beschriebenen Reaktionen (Organisator und Vorgesetzter) beschuldigen lassen.

Das diese Leute keine Schulpolizisten sein konnten, bezeugt ja schon das, daß sie nicht nur, sondern auch ein von der Schupo durchgeführte, schließlich wieder entpuppt und beschuldigt werden. Um ungeachtet ein Bild über denartige tilsichtige Verfassungszustände zu geben, werden wir hier einige Namen und Charakteristika der neugeborenen Schulpolizei nennen:

- Günther Hübner, Student, Halle, geb. 26. 5. 1900.
- Julius Koch, cand. med., Halle, geb. 4. 5. 1900.
- Hans Kricheldorf, Student, Halle, geb. 1. 9. 1899.
- Gleifried Stöcker, Student, Jülich, geb. 20. 5. 1899.
- Hilferrits, Student, Grefenbald (Womm.), geb. 2. 11. 1899.
- Paul Krimmling, Kaufmann, Halle, geb. 19. 11. 1898.
- Gustav Bachmann, Student, Remden Bitterfeld, geb. 2. 8. 1899.

- Gerhard Riehemann, Metzler, geb. 14. 11. 1900.
- Berner Rodenbürger, Landwirt, Erfurt, geb. 24. 11. 1897.
- Wilhelm Klotz, Landwirt, Stuttgart, geb. 7. 11. 1897.
- Hans Kricheldorf, Student, Halle, geb. 18. 11. 1900.
- Hans Kricheldorf, Student, Halle, geb. 27. 9. 1900.
- Günther Wille, Jiv.-Anwärter, Schulpolizei, geb. 5. 11. 1900.
- Heinz Schelenburg, Jiv.-Anwärter, Halle, geb. 26. 4. 01.
- Hermann Bohne, Kolonialist, Halle, geb. 29. 3. 1899.
- Wilhelm Blicher, Student, Jülich (Pol.), geb. 5. 3. 1900.
- Ernst Gellhorn, Student, Witten, geb. 25. 1. 1896.
- Wilhelm Bergmann, Apotheker, Berlin, geb. 5. 1. 1892.
- Rud. Wehmer, Kaufmann, Hannover, geb. 19. 5. 1899.
- Kurt Daub, Kaufmann, Friedrichshagen (Tarnowitz), geb. 14. 11. 1892.
- Frhr. Karl v. Heines, Student, geb. 2. 8. 1899.

Das ist nur ein kleiner Teil von den vielen neuauftretenden Rekruten. Man kann sie sehr ungeschickter Rekrutierung zurückerufen werden, wenn er sich zur Aufnahme in die Schupo meldet, es sei denn, daß angenommen werden kann, er habe gar nicht die ernsthafte Absicht die Laufbahn wirklich einzuschlagen. Einen Anspruch auf einen Probenmonat hat jeder unbedingte Rekrutierung und erst nach diesem Probenmonat ist eine förmliche Entschädigung zu stellen, aber er sich für den Dienst der Schulpolizei eignet oder nicht. Aber wie steht es denn in großen Fällen aus. Glaubi denn wirklich jemand, daß eine so große Anzahl junger Leute die Universität besuchen um dann als ein-

Der Arbeitereinsatzauswahls der Sozialdemokratischen Partei

veranfaßt am Sonnabend, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in Wilsober Gesellschaftshaus, Karstr. 14.

zu Gunsten der Kinderhilfe eine Wohltätigkeitsveranstaltung. Geboten werden ein Konzert, Geländereise (Räumerhöre und Soffien), eine Anprade, Reaktionen und Kollektive. Um regen Zutritt bietet der Wohltätigkeitsauswahls der Sozialdemokratischen Partei. Karten sind in der „Volksstimme“, Gr. Ulrichstr. 27, zu haben. (Siehe heutiges Injuzet.)

schwerer Schumann bei der Polizei eingetretet? Nein, diese gefährlichen Abhandlungen der Studenten mußten zurückerufen werden, da diese Leute nicht erst jetzt den Vorzug hatten den Dienst dauernd auszuüben. Aber den Diktatoren der Schupo kamen sie gerade recht, um in der gefährlichsten Situation der Schulpolizei den einseitigen repressiven Charakter zu nehmen. Hier heißt es Augen auf. Für die Diktatoren, wie für die Schupoanführer. Gemäß müssen die letzteren den besten Befehl ihrer Vorgesetzten ausüben. Aber wie wollen darauf hin, daß die Mannschaften der republikanischen Verfassung verpflichtet sind, aber nicht der unvollständigen geführten Vorgesetzten. Deshalb heißt es auch für die Mannschaften der Schulpolizei: „Augen auf!“ Organe haben in der Schupo nichts zu suchen.

„Für Ordnung und Recht.“

Ueber geistliche Zwangsmaßnahmen sind die Deutschnationalen noch nie gelolpelt, wenn es geht, sich durchzusetzen. Im so mehr aber schimpfen man in den letzten Wiffensseiten auf die Idee Staatsautorität untergeordneten Sozialdemokraten. Und noch jetzt kann authentischen in der deutschnationalen Presse nachgelesen werden, wie heuchlerisch Entfaltung gemint wird, sobald das Ansehen des Staats einmal von links vertriebt wird. „Ja, Bauer, das ist auch was anderes.“ Es war wohl bei der auf Geleg und Recht stehenden Bestimmung der Deutschnationalen ohne weiteres anzunehmen, daß sie abermals durch die Weimarer Verfassung des neuen Durchdrückens Hingings für die deutschnationalen Vorgesetzten durchzuführen werden. So ist es auch gekommen. Sonntag vormittag wurde das „Halleische Tageblatt“ verboten und gestern nachmittag erschießt dafür die „Halleische Tageszeitung für Ordnung und Recht“. Das Wort: „Gegen die Freundschaft der Junger ist kein Kraut gewachsen“, erscheint uns hier an der rechten Stelle.

Was dem Junger geliprungen. Gestern abend sprang ein Zahnarbeiter in fränkischem Zustande entsetzt aus seiner in 2. Stockwerk in der Röntgenstraße bündelischen Wohnung auf die Straße. Der Tod trat sofort ein.

In letzter Nacht wurde in der Tilsichtiger Straße ein Schaulaufen erbrochen und Waren im Werte von 200 Mark gestohlen. Verhaftung. Vom 1. Mai ab ist der Preis für ein Gedächtnis mit 80 Wäutern und für 100 Zahlungsmitteln mit Rücksicht auf die hohen Stellungsstellen auf 5 Mark festgelegt worden.

Wohltätigkeits-Gemeindeverein Halle-Städtisch. Uns wird geschrieben: Aus der von evangelischen Kirche heraus, ist nun auch in unserem Stadteil (Vertrauens-Cradlitz) unter reger Beteiligung ein wohltätiger Gemeinde-Verein gegründet worden. Das die Gründung einen arbeitsamen Charakter entspricht, beweist die erste Zahl der Annahmen. Die nächste Versammlung findet am Freitag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der „Bergschicht“ statt.

Verkehrs- und Versicherungsverein Halle a. S. Auf die Mittwoch, den 4. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Hotel Reußenhof, Tilsichtiger Straße 3, stattfindende General-Versammlung wird nochmals hingewiesen.

Stadtkassen. Heute, Dienstag, Anfang 7 Uhr, gelangt Richard Wagner „Vogelzug“ zur Aufführung. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr „Marie Magdalena“ von Hebel. Donnerstag „Salome“, Freitag „Samlet“, Sonnabend Kongert der Robert-Franck-Singakademie unter Leitung von Professor Alfred Rahms. Zur Aufführung gelangt Franz Liszt: Grander Messe für Soli, Chor, Orchester und Orgel und Anton Bruckners: Te Deum für Chor, Soli und Orchester. Sonntag nachmittag wird das Kindermärchen „Hänsel und Gretel“ des H. W. G. in den Preisen wiederholt. Sonntag abend „Salome“.

Freie Volkshochschule Halle. 6. Vortr. (Kofe Verb). Anfang 7 1/2 Uhr. Spitzwege: 6. Dienstag den 8., 6. Sonnabend den 7., 6. Montag den 9., 3. Mittwoch den 11., 8. Freitag den 13. Mai.

Freie Volkshochschule Halle. In der Wohnung bei Kofe „Kofe Verb.“ hat sich eine Veränderung nötig gemacht. An Stelle des Herrn Mathier Kratoch als Christof Stamm, Erbschloßbesitzer, ist Herr Josef Kraus eingetreten.

Provinz und Umgegend.

Herr Stegerwald.

Freie Bahn dem „Stahlhelm“!

Grüppungen dieses Bundes haben an die Regierung den Antrag um Anerkennung als Selbstständig gerichtet!!!

Auch im Kreise Schweinitz, in der Kreisstadt Döberitz an der Schwarzen Elbe, tat sich am 22. April 1921 ein Ableger der Orgel in aller Dessenlichkeit mit sämtlicher Freisheit auf. Der Vorleser, sowie alle hochwürdigen Bewohnenden vom latsam beschäftigten Verbund der Frontsoldaten, genannt Stahlhelm (oder Bund der Kriegsveteranen oder Frontkämpfer) ließen sich höchst ergriffen und mitgerissen von der Beredsamkeit komprimierter Worte vom Vorleser den christlichen Metallarbeiter in Magdeburg, Beitr. etwas vorlesen. Nur Frontsoldaten sollen angenommen werden. Nach kurzen Ansprachen in der Gründungs- und auch der öffentlichen Verammlung wurde aufgeführt, daß Nichtmitglieder oder Nichtfrontsoldaten oder solche, die sich nicht anschließen wollten, den Saal zu verlassen hätten. Es erhob sich ein Nichtsoldat, ein Deutschnational. Schnell wurde er zurückgerufen: „Sie können natürlich hierbleiben!“

Der gänzlich unjähige Redner jedoch mit unvorzählbarer hehrlicher Absicht die Ermordung Neurings in Dresden, die Räubers in Halle und die Ermordung des Kaiserlichen Reichshaus dem Reichsbund der Kriegsveteranen in die Schube.

Ein anwesendes Mitglied besaßen sagte, daß ihm davon nichts bekannt wäre. „Ja, das ist nicht mein eben ihr Bundesorgan nicht,“ war die Antwort des mit der Gedankensinn der Reaktionen, befristeten „Metallarbeiters“. „Ich kann keinen Einpruch, daß der schlaue Redner des Abends zu, das es so sein möge. Seine anjähliche Mühewirkung schon war matt, da ohne Gegenüber: Er verließ sich folgenden: 1. Wir arbeiten mit dem Reichsbund der Kriegsveteranen Hand in Hand. 2. Über der befristeten uns. 3. Wir mögen aber seine politischen Einmischungen nicht mit. 4. Wir wollen unsere Kameraden ihrer Bedeutung gemäß in Xanten und Regierungsstellen bringen! Und wir haben mehr unter die Hände gebracht als der Reichsbund.“ Der Schlaupeter lehnt gemeinsames Arbeiten mit den Hingehören irgend einer Internationale ab, weil also scheinbar nicht, daß der Reichsbund unjähige Mitglieder dieser Richtung hat. Er nimmt uns trumm, wenn wir Einfluss in Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung verlangen und ausüben, nimmt es aber für sich und alle Reaktionen als selbstverständliches Rekrutrecht in Anspruch! Das ist Bodenlos und unerträglich. Selbstverständlich sprang dem unbedingten Agitator Lehr und dem hilflos Hamamel, „A. m. a. z.“ Wohlwollenden ein solches Missverständnis, wohl glühend überhöhen, bei dem den Reaktionen: „Aber unsere Ziele nur noch nicht begriffen hat oder ihnen nicht beizustimmen kann, hat eben noch nicht mit dem Internationalismus gekrochen.“ Schluss der Versammlung. Zum zweiten Male in einer halben Stunde die Aufforderung, die Reaktion nunmehr allein zulassen!

O, ihr Heuchler! Wo sind eure Taten? Sagt nicht, Religion ist etwas anderes: Uns überzeugten die Sozialisten ist der Sozialismus unsere Weltanschauung, unsere Gittlichkeit, unsere Religion! Und die hat ebenjovoll Bezeichnung als alle Religionen zusammen, die es in 2000 und mehr Jahren nicht vermocht haben, die Menschheit zu befrachten. Herr Lehr, der wie ein Kinooberer annahmte, sollte nur ein Zuschauersicht sein als Metallarbeiter, um die Arbeitereinsatz nach dem wahlmännigen kommunikativen Verberberpflicht für die christlich-nationalen Wegbereiter des zukünftigen Monarchen von Reaktionen-Gnaden einzulassen.

Demagogisch, fast betrügerisch aber ist es, wenn dieser Herr Lehr die sozialistischen Männer vom Einzug in den Kreis zu ziehen versucht auf folgende Weise: Die Genossen wollen nur ihr Schicksal ins Lot zu bringen, aber was ist das, wenn der Oberbürgermeister Heims von Magdeburg, der früher nur 24 000 Mark Gehalt bezog, jetzt 67 000 Mark erhält. Regemünd für die Genossen war das verständnisvolle Gehältn der Mäguren zu diesem Bluff, der, beim Gehalt all der jetzigen Stahlhelmsmitglieder von Herzberg und Umgebung verglichen zwischen einft und jetzt angewandt, ganz anders wirken würde.

Des einen jeid aber verächtlich, ihr Kriegsmitteln! Mit weniger Tamtam aber desto mehr Recht wird das Volk im Ernstfalle seinen Feind, d. h., die Reaktion in die Jahre zeigen. 1918/1919? So macht ihr's nachher auch. Mit Wiberkeitliche die Nachbarländer reizen, hereinzulassen, selber verbieten und den Heils die fremde Weisung auslösten lassen. Deshalb hütet euch vor dem Stahlhelm ihr Sozialisten!

Die wichtigsten Veränderungen in der Steuerberatung.

Aus einem Merkblatt des Landesfinanzamtes Magdeburg seien nachstehende Veränderungen in der Steuerberatung hervorgehoben:

Im Hinblick auf das Geleg zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 24. März 1921 wird hiermit zur Beachtung bei der Abgabe der Einkommensteuer-Erklärungen zum Zwecke der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 noch auf folgendes hingewiesen:

Die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 (1. April 1921 bis 31. März 1922) findet erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1921 statt. Die für die Veranlagung erforderlichen Steuererklärungen sind erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1921 abzugeben. Besondere Aufforderungen hierzu ergeben zur gegebenen Zeit.

Die Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 erstreckt sich auf sämtliche Steuerpflichtige, also auch auf solche Personen, welche von dem Steuerabzug am Arbeitslohn unterliegen. Sämtliche Steuerpflichtige, deren steuerbares Einkommen in Kalenderjahr 1920 oder in dem an dessen Stelle tretenden Wirtschaftsjahr (Nr. 1) den Betrag von 10 000 Mark übersteigen hat, haben auf Grund der unterm 10. März 1921 ergangenen öffentlichen Aufforderung bis zum 15. Mai 1921 eine Steuererklärung bei dem für ihre Veranlagung zuständigen Finanzamt einzureichen. Demgemäß haben auch alle Arbeitnehmer, welche dem Steuer-

Feuerbach und seine Frauengehalten.

(Anselm Feuerbach, geb. 1829, gest. 1880.)

Von A. Wagner.

Des Deutschen Sühndelicht trieb Anselm Feuerbach nach Italien. Dort fand er die Werke der Renaissance und des Altertums. Eine verwandte Seelenhaltung empfand er in den Bildern der Alten. Adel und Schönheit ist der Stil seiner Werte, und Adel liegt in der Schönheit der griechischen und italienischen Kunst. Stets gemahnt uns diese Ruhe des Adels in Feuerbachs Bildern an die Götterbilder der Griechen. Aber eine verhaltene Leidenschaft liegt in jeder Linie, eine Leidenschaft, die nicht griechisch ist.

Zeit, schwer, übertrug sich Medea vorn im Bilde (Medea auf der Flucht). Voll mütterlicher Liebe, trauernd blüht sie zur die Kinder in ihrem Schoße, die sie töten wird. Keine Bewegung verrät, was dort in ihrem Herzen vor sich gegangen ist, aber ihre Ruhe verrät, gleich wie heftiges Frauen und fürchterliche Qual sich in der düsteren Ruhe der verfallenen Arme in der Mitte des Bildes ausdrücken. Die einzigen bewegten Gestalten sind Schiffer, die das Boot zur Flucht bereiten. Gerade sie wissen nichts von dem, was geschehen wird. Nichts führt in ihrer Brust.

Die alten Griechen drückten den Seelenadel ihrer Gezeiten in Form und Linie der langsam einher schreitenden oder Ruhenden aus. Aber innere Ruhe entsprach der äußeren. In der Apollon-Gruppe allerdings wird Schmerz dargestellt, aber hier wird die Ruhe zur milden Bewegung, das Antlitz zum Schreien verzerrt.

Die Schönheit des Lebens löst nicht alle in A. Feuerbach zur Darstellung, sei er auch noch so sehr Ausdruck einer schönen, d. h. bei den Griechen edlen Seele. Anselm Feuerbach ist ein Deutscher, das offenbart sich hier am tiefsten. Der Unterschied zwischen Feuerbach und den Griechen drückt sich am besten in der Auffassung beider vom Weibe aus, die sich beim Maler oder Bildhauer in der Darstellung des weiblichen Körpers ausdrückt. Den gesamten Ausdruck, die geistige Charakteristik ihrer Göttinnen verlegten die Griechen in das Antlitz. Der Körper war trotz aller Erhabenheit der ganzen Gestalt leicht, in schönen Linien und Formen, elastisch, fast mädchenhaft. Betrachten wir den Körper einer Aphrodite vom Welos (auch Venus von Milo genannt), so sehen wir an den ganz gewölbten Brüsten, an dem langgetretenen Leibe mit den nicht sehr breiten Hüften, daß diesem Weibe etwas Mädchenhaftes zukommt. Dieses Mädchenhafte soll teilweise nicht etwa Ausdruck einer Unschuld, überhaupt einer sexuellen Faltung sein. Dieser Leib ist entstanden als der schönste Leib, rein auf Bewegung und Krümmung der Linien und Flächen gesehen. Alles andere liegt in dem wundervollen Weichteil. Es ist nicht die Unschuld, was sich hier ausdrückt, wenn auch frei von aller Sinnlichkeit. Aber es ist eine Frau, die uns hier anblickt, kein Mädchen. Die Schönheit, die an das schönste Körper in Marmor zu gestalten, trieb die Griechen dazu, daß sie die Schönheit ebenso gern in den Körper des Jünglings als den jungen Mädchens (letzteres besonders in der frühesten Zeit), wie in den Leib des Weibes legten. Feuerbach legt fast allen Ausdruck in den Körper. Seine weiblichen Gestalten sind Frauen. Der Körper ist nicht leicht, man sieht ihm seine ganze Schwere an. Dieser Körper ist nicht geschaffen, um leicht über die Erde zu schweben. Es ist das Erdenweib, nicht die Göttin. Der ganze Adel dieses Leibes liegt nicht in seinen vornehmen, zarten Linien. Schwere, fast hängende Brüste, breite Hüften zeigen, daß der ganze Adel dieser Gestalt gerade in seiner betonten Weiblichkeit, in seiner Mütterlichkeit liegt. Das zeigt besonders deutlich das Bild der Göttin im Vordergrunde des Denkmals: „Der Titanenkampf in Athen“. Die Göttin hat die Erde geboren, wie im Traum ruht ihr die Erde hinter ihre Schultern drückt aus; wie traumhaft ihr der Vorgang der Mutterwerdung ist; aber ihr Leib zeigt, daß sie die Mutter, daß sie eine Mutter ist, und darum, und nicht nur in seiner Würde ist dieser Leib so schön.

Seine Ideen sind auch die Frauengehalten auf seinem anderen Begleitbild zum Titanenkampf: Prometheus und die Lenkenden. So trauern um einen gefallenen und gestellten Soldaten Weinen nur Frauen, Frauen wie Feuerbach sie gemalt hat. Auch die Venus hat Feuerbach auf dem Bilde vom Titanenkampf nicht als lockendes Mädchen gemalt, sondern als Weib mit der Friedenspalme inmitten dieses Kampfes gemalt. Wohlhaft stehen kann nur das Weib, das alle Mühe in sich verbirgt, was ihr als Mutter zu sein. Feuerbach vermag das Weibtum auch in der gemauerten Gestalt auszudrücken. Medea auf der Flucht, die lebende Apollonie und manches Kannabild stellen solche Feuerbachs Frauengehalten dar.

Der Herausgeber der Feuerbach-Mappe des Kunstinstituts über die Schwere und Dordtheit der Feuerbachs Frauengehalten allerdings anderer Ansicht. Er meint sie komme aus einem Willkürfaktum des Künstlers heraus; meint er daß, daß ein Vergleich von Größe und Gemälde der Lenkenden und der Götter, besonders deutlich die Art des Feuerbachs „Abstrahieren“ aus räumlicher Naturhaftigkeit heraus; zeigte. Ich glaube hingegen gerade eine Vergleichung in dieser Hinsicht, der „Verdichtung“ des Weibes zu erblicken. Ein Willkürfaktum spricht daraus insofern, als die Natur Feuerbach selbst den Weg gewiesen hat, das darzustellen, was er wollte, so wie er es getan hat. Überall dort, wo es Feuerbach nicht darauf ankommt, das Monumentale im Weibe und daß sie stets die Mutter und die liebende Gattin, nicht die heftige Göttin darzustellen, besonders in seinen „Nöthen“, dem Parisurteil und den Saisibildern hat Feuerbach den weiblichen Körper zarter, mädchenhafter, fast zierlich, wenn auch stets edel abgebildet.

Feuerbachs Bilder sind jedem des Volkes in der guten Reproduktion des Kunstinstituts zugänglich. Die großen Weibsbilder sind trotz des sehr gelungenen Grafen sehr

Gehamereidenschaft.

Von Ernst Kaas.

Und wieder naht der Tag, der dich geboren,
Dich, meines Lebens Zier,
Und oftmals frag ich still und trauernd losen:
Was warst du mir?
Was warst du mir? Wie soll ich Antwort finden,
Die nicht voll Mängel ist?
Da alle Blicke und Gedanken linden,
Doch zu mein alles bist.
Du warst mein Glück in dieser Zeiten Losen
Und bist's noch heut:
Mit lieber Hand hast du mir lichte Rosen
Auf meinen Fing gestreut.
Du warst die Stille, warst die feste Treue,
Du warst die Ruh.
In Sturm und Kampf wandt immer sich aufs neu
Mein Herz dir zu.
Und was sich rings in lebensvollen Stunden
Vom Innern los,
Ich habe Glück und habe Trost gefunden
In deinem Schoß.
Kein Glück, das brauvoll durch die Gassen flutet;
Mit kaltem Herzferd, die
Das Lärmens aus Reklamehörnern tutet —
Ein stilles Glück.
Ein Glück im Winkel, fest in Luft und Leide
Absteigt vom Tag gehellt.
Ich fand das Glück an deiner Seite —
Was frag ich noch der Welt?

billig. Schon das harmloseste Vergnügen pflegt mehr zu kosten als einige Bilder Feuerbachs, der Gewinn ist aber ein ungleich größerer. Wer wirklich teilnehmen will an der Kultur des deutschen Volkes, wenn sie kein Leben bereichern soll, der muß die Bilder zur Hand nehmen. Sonst nützt ein Leben darüber gar nichts.

Arbeiterfrauen als Rednerinnen.

Ein interessanter Versuch wird gegenwärtig in verschiedenen Städten der englischen Grafschaft Lancashire gemacht. Es handelt sich darum, Frauen der Arbeiterklasse zu politischen Rednern auszubilden. Der Gedanke entspringt der Erwägung, daß, nachdem die Frauen das Wahlrecht erhalten haben, sie auch schalten sind, sich über ihre politischen Rechte und Pflichten ein klares Urteil zu bilden. Man hat zu diesem Zweck in den Industriestädten Schulen eingerichtet, die darauf abzielen, die sie belächelten Frauen und Mädchen des Arbeiterstandes zur politischen Urteilskraft zu erziehen. Frauen, die nie in ihrem Leben öffentlich gesprochen haben, ja, die schon in der Verwirrung geraten, wenn es darauf ankommt, ein paar Worte des Dankes zu sagen, sind in kurzer Zeit infolge der stilleren Schulung, die sie hier in der Kunst des öffentlichen Redens erhalten, soweit gebracht worden, sich klar über irgend ein Thema aussprechen zu können. Es zeigte sich, daß dies, was sie bisher daran hinderte, in der Hauptsache Schüchternheit und Nervosität war.

Der Vorteil, den die Schule antreibt, liegt in zwei Richtungen: Einerseits will man den Mangel an Propagandarebnerinnen durch die Erziehung geeigneter Hilfskräfte beheben, andererseits den Frauen das nötige Selbstvertrauen geben, das sie befähigt, sich über irgend ein Thema nicht im Ton des üblichen Geschwätzes, sondern in logischer, sachverständiger und klarer Form auszussprechen. Man hat dabei die Erziehung gemacht, daß die Frauen auf diesem Wege auch an unmittelbarem Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, die ihnen bisher gleichgültig gewesen sind, gewinnen. Wenn sie zum Reden angefordert werden, so können sie gewöhnlich dieses Amtmanns nach mit der Begründung ab, daß sie „nichts zu sagen haben“. Der Lehrer empfiehlt ihnen daraufhin, ihre Zeitungen aufmerksam zu lesen, den Zweck durchzulesen, ein sie interessierendes Thema zu finden. Dieser Zwang zum Lesen bringt sie schließlich von leiblich zur regelmäßigen Lektüre der Zeitung, eine Gepflogenheit, die bisher in den Kreisen der weiblichen Arbeiterbevölkerung, von geringen Ausnahmen abgesehen, nicht geübt worden ist. Die Wahl der Themen beschränkt sich nicht im übrigen ausschließlich auf politische Gegenstände, sondern zieht alle möglichen Dinge wie Erörterungen über das Frauenrecht, sexuelle Aufklärung, Heiligtumsreisen, Erwerbsloshilfe, Müll, häusliche Arbeiten und Sport in den Kreis der Betrachtung. Man hat bisher sehr gute Erfahrungen gemacht, und der Zufall in diesen politischen Schulen zeigt richtige. Um so mehr als die Frauen durch den Unterricht ihren häuslichen Pflichten nicht entzogen werden, sondern das geistige Training nur als ein Gegenmittel gegen die gleichförmige Hausarbeit empfinden. Sie alle erkennen dankbar an, daß sie, seitdem sie den Unterricht genießen, die Redefreiheit gewonnen haben, die sie befähigt, einen Gegenstand klar auszusprechen, während sie früher behändig mit dem Wort gerungen hatten.

Die Chinesin im Frauenrechtskampf. Die Kämpferin dieser in einem interessanten Bericht aus Hongkong erzählt, findet man jetzt im chinesischen Leben die härtesten Gegensätze, die unermittelt aufeinanderprallen. Man begegnet auf den Straßen von Hongkong jenen feierlichen Brautjungen, die fast so alt sind wie die grauhäutige Großmutter und wohl an die 5000 Jahre zurückreichen. Soll doch diese Form der Hochzeitsprozedur schon 8200 v. Chr. von dem ersten Herrscher zu eingeführt worden sein. Und dieser Tag, der die Frau als würdevolles Mitglied ihres Gatten überleitet, geht vielleicht auf einem Saule vorbei, in dem eine niedrige chinesische Mädchenwelt ist und in dem die jungen Chinesinnen, europäisch gelehrt, sich das Wissen des Abendlandes aneignen.

Nur wenigen Monaten sind eine ganze Anzahl chinesischer Studentinnen nach Europa abgegangen, um hier zu studieren. Überall regt sich die Frauenrechtspropaganda bei den Chinesinnen. Gewiß ist in dieser Hinsicht noch viel im Reiche der Witte zu tun. Noch immer ist es dem Manne gestattet, sich eine „zweite Frau“ zu kaufen; noch immer herrscht also Weibeerei und ist Ursache für viel Elend und für tragische Konflikte, denen besonders die Mädchen mit modernen Erziehung ausgelegt sind. Auch die Hochvermittlung, dieses äußere Symbol der Knechtstellung der chinesischen Frau, ist noch verbreitet.

Was ist Luxus bei der Frauenkleidung? In die Geheimnisse der Frauenkleidung bringen Entscheidungen des Reichsministers der Finanzen zur Auslegung des Umhängegesetzes ein, die jetzt den Umhängebesitzerinnen zur Beachtung mitgeteilt werden. Kleider, Unterwäsche und Schlupfkleider aus Seidenstoff, sog. Milanais, sind luxuriös und verpönt. Dagegen wird bei der Verwendung von seidenen Futterstoffen für Oberbekleidungsgegenstände von Damen nur dann die Luxussteuer erhoben, wenn die seidenen Futterstoffe zu den sog. „feinen Seiden“ gehören. Oberbekleidungsgegenstände für Damen aus oder in Verbindung mit Futterstoffen aus anderer als sogenannter feiner Seide sind mit Luxussteuer frei. Luxussteuerfrei sind auch Hüte aus Kunstseidenplüsch. Man versteht darunter ein Plüschgewebe, dessen Flor oder Vollsiden aus Kunstseide bestehen. Ebenso sind Luxussteuerfrei Gebinde oder sonstige Verzierungen aus natürlichen Blumen, die durch ein besonderes Verfahren haltbar gemacht worden sind. Es werden den künstlichen Blumen gleichgestellt. — Der Reichsfinanzminister gesteht somit den Frauen in ihrer Kleidung viele Dinge als notwendig zu, die andere Leute als Luxus halten werden.

Verfälschungen von Wolle und Seide zu erkennen. Man trennt einen aufgewickelten Faden des zu untersuchenden Gewebes an einem Ende. Wolle und Seide brennen nur in der Flamme, entwickeln den unangenehmen Geruch nach verbranntem Horn, zeigen an den verbrannten Spitzen eine schwarze Kohle. Baumwolle brennt noch weiter, wenn sie aus der Flamme gezogen ist, entwickelt keinen unangenehmen Geruch, hinterläßt nur wenig Asche.

Schneeflocke. Die hartnäckigsten Staubecken auf Tuch entstehen gewöhnlich dadurch, daß eine fette oder harzige Substanz, auf das Tuch gekommen ist, in welche sich dann Staub festsetzt hat. Man reibt solche Flecken mit Eibsdort aus, welcher mit etwas Branntwein vermischt ist.

Der Sägebald im Hochzeitsbrauch. Ein origineller Hochzeitsbrauch, der in „Heber Land und Meer“ mitgeteilt wird, herrscht noch in der alten Bergstadt Wilmann im Oberbayern. Am Tage vor der Hochzeit leben die jungen Leute des Städtchens an dem einen Sägebald auf das Haus, in dem die Braut wohnt, gewöhnlich auf den Schornstein. Dieser Sägebald muß der Brautjungfer vor der Hochzeit herunterhaken. Kommt das Brautpaar vor der Trauung aus der Kirche, so wird es durch ein über den Weg gespanntes Seil aufgehoben, und nun spielt der Sägebald erst seine eigentliche Rolle. Die Jungvermählten müssen nämlich vor den Augen der Bevölkerung auf diesem Seil einen fröhlichen Stamm springen, und aus der Art, wie sie sich dabei benehmen, sowie aus dem Jodel und verschiedenen anderen Rechenmännern will man schließen, wieviel sie zueinander passen und ob ihre Ehe glücklich werden wird oder nicht.

Die schwere Krankheit.

Ein Kinderarzt hat an einem Haus, in das man ihn telephonisch gerufen hat. Man führt ihn zu der Frau des Hauses. „Ja, unser kleiner ist krank“, sagte diese. „Wie geht es ihm, was mit ihm ist. Er fällt immerzu.“

„Er fällt?“
„Ja, immerzu. Ist das nicht schrecklich?“
„Er fällt auf den Boden?“
„Ja, auf den Boden.“
„Wie alt ist das Kind?“
„Hier und ein halbes Jahr.“
„Dann müßte er sich doch eigentlich auf den Beinen halten können. Wann hat das angefangen?“
„Besten abend sprang er noch vergnügt umher. Dem morgen wollte ich ihn wie gewöhnlich ansiehen. Ich ziehe ihn die Strümpfe und die Hosen an und stelle ihn auf den Boden; er fällt wieder.“
„Wieviel ist er schlafgetreten?“
„Ich esse hinzu. Er fällt zum zweitenmal. Ich hebe ihn auf, er fällt wieder.“
„Kann man den Kranken sehen?“
„Ja, gewiß.“
Die Mutter geht und kommt mit dem Jungen auf dem Arm wieder. Er liegt blühend aus. Er ist in Hosen und eine löst liegende Bluse gekleidet.
„Stellen Sie ihn nieder.“
Die Mutter stellt den Jungen auf den Boden. Er fällt. Das wiederholt sich mehrmals.
Der Doktor: „Wie fühlst du dich eigentlich, kleiner Schlingel?“
Soll du heute nacht gut schlafen?“
„Ja, Ocht.“
Der Doktor wendet sich an die Mutter:
„Hat er Appetit?“
„Unheimlich.“
„Das ist gut Er hat Paralyse.“
„Dara ... Um Gotteswillen, was ist das?“
„Sie hebt die Arme zum Himmel. Das Kind ist.“
„Ja, Paralyse in den unteren Extremitäten. Es werden in übrigen bemerken, daß der kleine Kna e vollständig unempfindlich ist.“
Der Doktor nähert sich dem Kleinen und beugt sich hin.
„Zum Teufel, was schmerzen Sie, Herr, von Paralyse?“
„Das habe ich doch nicht gesagt, Frau, Doktor.“
„Rein Wunder, daß er nicht haben kann. Sie haben ihn in beide Beine ins selbe Gelenk ein gesteckt.“

Verantwortlich: Willi Segels, Halle.